

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ulrich Lohmar

Die „Neue Linke“
und die Institutionen
der Demokratie

Christian Watrin

Spätkapitalismus?

Manfred Hättich

Demokratie
und Demokratismus

3 44/68

2. November 1968

Ulrich Lohmar, Dr. sc. pol., Mitglied des Deutschen Bundestages, Chefredakteur der „Neuen Westfälischen Zeitung“, Bielefeld, Privatdozent für Politische Soziologie an der Universität Münster, geb. am 30. April 1928.

Christian Watrin, Dr. rer. pol., o. Professor für Wirtschaftslehre, insbesondere Außenhandel und Außenwirtschaft, und Direktor des Seminars für angewandte Wirtschaftslehre an der Universität Bochum, geb. am 29. Juni 1930.

Manfred Hättich, Dr. rer. pol., o. Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Mainz, geb. am 12. Oktober 1925.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die „Neue Linke“ und die Institutionen der Demokratie

Die Ereignisse dieses Sommers in Osteuropa haben den Kommunismus in seinem Selbstverständnis und in seiner geistigen Wirkungsmacht stark beeinflusst. Unberührt davon wird die „Neue Linke“ bleiben, die von vielen fälschlich mit Kommunisten gleichgesetzt wird.

Die „Neue Linke“ ist eine tiefreichende Form des Protestes gegen die Industriegesellschaft. Ihre Anhänger sind sich einig in der Kritik der industriellen Welt. Sie definieren die Produktionsmittel in ihrer Bedeutung für das Verhalten und die Ordnung der Menschen umfassender als die Kommunisten und meinen, daß der Zwang der Arbeitswelt, der Werbung, der Reklame oder der Massenkommunikationsmittel den ganzen Menschen bis in sein Inneres formt und verformt. In diesem Sinne halten sie die Industriegesellschaft sowohl in ihrer bürokratisch-kommunistischen wie auch in ihrer sozial-kapitalistischen Form für totalitär, für unterdrückend, für repressiv.

Übereinstimmend mit den Kommunisten setzen sie die analytische Bewertung der Industriegesellschaft absolut. Für die „Neue Linke“ ist es uninteressant, ob sich eine Mehrheit oder eine Minderheit im Sinne ihrer Definition unterdrückt fühlt. Wer sich der Repression nicht ausgeliefert empfindet, hat eben ein „falsches“ Bewußtsein. Hier begegnet sich das Denken der „Neuen Linken“ wiederum insofern mit dem der Kommunisten, als beide es für objektiv beschreibbar halten, was dem Menschen frommt. Die Meinung der Leute über sich selbst und über das, was sie glücklich und frei macht, interessiert die „Neue Linke“ nur insofern, als solche Auffassungen dem vermeintlich objektiven Gesellschaftsmodell der

„Neuen Linken“ entsprechen. Dennoch weigert sich die „Neue Linke“ oder ist dazu nicht fähig, den tendenziell angestrebten Zustand der Gesellschaft genauer zu beschreiben. So eindeutig die „Neue Linke“ in ihrer analytischen Kritik der bestehenden Industriegesellschaft zu sein versucht, so vage bleibt sie in den Entwürfen einer neuen Ordnung. Darauf angesprochen, flüchten sich ihre Interpreten in die These, man wolle die Spontaneität der Menschen ja erst einmal freisetzen, und dann

Christian Watrin

Spätkapitalismus? S. 12

Manfred Hättich

Demokratie und Demokratismus S. 24

werde sich schon alles zum Neuen und Besseren wenden.

Das Establishment ist die Zielscheibe der „Neuen Linken“. Dazu gehören alle Menschen, Gruppen und Institutionen, die die analytischen Prämissen und ideologischen Perspektiven der „Neuen Linken“ nicht für richtig halten und zugleich eine führende Stellung in der Industriegesellschaft haben. Wie sich die ideologische Speerspitze der Kommunisten stets in erster Linie gegen die Sozialdemokraten und nicht so sehr gegen die Konservativen gerichtet hat, so empfindet die „Neue Linke“ vor allem entschiedene Reformer als ihre eigentlichen Gegner. Denn sie argwöhnt, daß alle Reformen, die sich innerhalb des Establishment und von ihm ausgehend durchsetzen lassen, zu einer Verfestigung des vermeintlich falschen Bewußtseins im ganzen führen müssen. Dementsprechend weist die „Neue Linke“ jedes Angebot zurück, sich auf Spielregeln z. B. der parlamentarischen Demokratie oder des Rechtsstaates festlegen zu lassen. Das ist nicht Bosheit oder Dummheit, sondern ergibt sich folgerichtig aus der totalen Kritik der Industriegesellschaft. Auch die Anwendung von Gewalt ist im Prinzip dann nicht nur erlaubt,

Mit freundlicher Genehmigung des Markus Verlags, Köln, werden in dieser Ausgabe aus dem von Prof. Dr. Erwin K. Scheuch herausgegebenen Sammelband „Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Eine kritische Untersuchung der ‚Neuen Linken‘ und ihrer Dogmen“ die Beiträge von Ulrich Lohmar, Christian Watrin und Manfred Hättich als Vorabdruck veröffentlicht. Das Werk enthält außerdem Aufsätze von Peter Christian Ludz, Erik Boettcher, Eugen Kogon, Erwin K. Scheuch, Wilhelm Hennis, Harry Hoefnagels, Rainer Lepsius, Klaus Reblin, Gerhard A. Ritter und Zbigniew Brzezinski.

sondern unter Umständen notwendig — wenn man die ideologischen Voraussetzungen der „Neuen Linken“ akzeptiert.

In der Bundesrepublik Deutschland kommt hinzu, daß sich die „Neue Linke“ als Außerparlamentarische Opposition (APO) begreift, wenn auch einstweilen nicht organisiert. Die parlamentarische Demokratie ist für die APO das bevorzugte Ziel ihrer Opposition. Nicht wenige vermeintlich linke Literaten, Schriftsteller und Publizisten suchen und finden in der APO eine institutionelle Geborgenheit, die ihnen gleichzeitig ein ganz persönliches Votum gestatten und es dennoch erlaubt, sich irgendwo „einzuordnen“. Es ist eine Art Engagement ohne konkrete und präzisierbare Verantwortlichkeit, ein Bekenntnis ohne differenzierte Einsicht. Als zweite Besonderheit der „Neuen Linken“ kommt in Deutschland der Anspruch vieler ihr zuneigender Studenten auf ein bevorrechtigtes politisches Mandat der Universität und damit der Studierenden hinzu.

Es wäre fatal, wollte das Establishment übersehen, daß die „Neue Linke“ zu ihren Thesen und zu ihren Aktionen vielfach deshalb kommt, weil sie das Spannungsverhältnis zwischen demokratischem Leitbild und politischer Wirklichkeit mit mehr Sensibilität wahrnimmt als andere, aber eben nicht hinnehmen mag. Die „Neue Linke“ will eine bruchlose Ordnung, und der Hinweis auf die Relativität alles menschlich und damit politisch Erreichbaren genügt ihr nicht, um den taktischen Opportu-

nismus und die gedankenlose Betriebsamkeit zu begründen, denen man in der Tagespolitik so oft begegnet. Es ist eine Sache, den totalitären Charakter der Grundpositionen der „Neuen Linken“ deutlich zu erkennen und klar anzusprechen. Aber es ist eine andere Sache, vor allem den Studenten unter den Anhängern der „Neuen Linken“ bestätigen zu müssen, daß sie durch ihre Opposition endlich ein Reformklima in der Bundesrepublik geschaffen haben und daß viel intellektuelle Redlichkeit sie zu ihren Thesen und Taten inspiriert. Zum ersten Mal in der neuen deutschen Geschichte bekundet eine große Mehrheit der Studenten politisches Interesse — in ihrem subjektiven Verständnis zugunsten von mehr, nicht von weniger Demokratie. Das ist ja das paradoxe: Die „Neue Linke“ wendet sich in ihrem Selbstverständnis nicht gegen die Demokratie, sondern viele ihrer Anhänger glauben ernsthaft und aufrichtig, den Stein der demokratischen Weisheit gefunden zu haben. Dies ist, soweit Logik und Erfahrung uns Auskunft geben können, ein Irrtum. Dennoch wäre es für die intellektuelle Qualität der Meinungsbildung in unserer Gesellschaft verhängnisvoll, wenn sich das Establishment der Politik und der Wissenschaft auf die Ablehnung der Thesen der „Neuen Linken“ und auf ihre politische Ausschaltung beschränken würde. Es geht vielmehr darum, ein größeres Maß an Übereinstimmung zwischen den Prinzipien der Demokratie und der Wissenschaft einerseits und dem politischen wie wissenschaftlichen Alltag andererseits durchzusetzen.

„Objektivität“ und Herrschaftsfreiheit

Die Ausblendung des subjektiven Bewußtseins der Menschen, also ihrer eigenen Einschätzung der Vorzüge und Nachteile in ihrem Leben und in ihrer Umwelt, ist der eigentlich totalitäre Ansatz in der Argumentation der „Neuen Linken“. Ihre monokausale Thesenreihe wird absolut gesetzt; würde man sie im Sinne eines kritischen wissenschaftlichen Disputs begrifflich und dem Anspruch auf Geltung nach relativieren, dann käme man ja in der Phase der politischen Verwirklichung sofort wieder zu der alten Frage jeder gesellschaftlichen Ordnung, auf welche Weise denn politisch entschieden werden soll in all den Fällen, in denen ein allgemeines Einverständnis nicht herzustellen ist. Es ist nur folgerichtig, daß die Kritik der „Neuen Linken“ am Establishment

ebenfalls total angelegt ist, und die Ungenauigkeit alternativer Gesellschaftsmodelle paßt ebenfalls in dieses Bild.

Die „Neue Linke“ weigert sich — was eine beträchtliche intellektuelle Ignoranz voraussetzt —, die beiden Kriterien wissenschaftlichen Denkens und Forschens ihrer eigenen Gesellschaftsanalyse zugrunde zu legen: Logik und Erfahrung. Ihre analytische Einseitigkeit und ihre ideologische Vorfixiertheit bringen sie in das Dilemma, in der konkreten Ausformung dessen, was die „Neue Linke“ Freiheit nennt, entweder beim „demokratischen Zentralismus“ der konservativen Kommunisten zu landen oder beim Anarchismus. Diese Alternativen zu sehen oder gar zu ziehen, weigert sich die „Neue Linke“ dennoch beharrlich,

denn auf diese Weise würden ihre Prognosen von den Resultaten her fragwürdig.

Nirgendwo findet man deshalb eine genauere Beschreibung dessen, was es etwa mit der herrschaftsfreien Gesellschaft konkret auf sich haben könnte. Vor der Einsicht, daß Herrschaftsfreiheit als institutionell zu sichernder Zustand nicht zu erreichen ist, zieht sich die „Neue Linke“ auf die ungewisse Hoffnung zurück, die freizusetzende Spontaneität werde das schon zuwege bringen. Die „Neue Linke“ läßt sich gar nicht erst auf eine Untersuchung der Frage ein, welche Strukturmerkmale und Verhaltensanforderungen der Industriegesellschaft immanent sind, also unaufhebbar und unaufgebbar, und welche anderen mit dem Ziel einer relativen Herrschaftsfreiheit verändert oder kompensiert werden könnten. Das Ausweichen in den totalen Protest und in die totalitäre Opposition ist nicht nur eine neue Stilart eines scheinbar progressiven Utopismus, sondern hier begegnet die „Neue Linke“ in einer denkwürdigen Weise den konservativen Kulturkritikern, die den Einbruch der modernen Wissenschaft und Technik in unsere Welt und den steigenden Lebensstandard immer noch für den modernen Sündenfall halten.

Eine Definition dessen, was die „Neue Linke“ unter Establishment jeweils im einzelnen versteht, gibt es nicht. Statt dessen bedienen sich ihre Anhänger symbolähnlicher Einrichtungen, an denen sie ihre Kritik und ihre Opposition exemplifizieren. In der Bundesrepublik sind das der Bundestag, der Springer-Konzern und die Professoren. Im Parlament sehen die „Neuen Linken“, zumal angesichts der Großen Koalition in Bonn, das Zentrum der zum Establishment geronnenen Spielregeln. Viele Professoren, vor allem aber die Rektoren der Universitäten, erscheinen den Studenten der „Neuen Linken“ als Figuren einer vergangenen Welt oder als Gefangene des Establishments. Geradezu dämonisiert hat die „Neue Linke“ Axel Springer; sie baut ihn zu einer negativen Symbolfigur auf. Aufschlußreich ist es dabei, daß die Kritik an Springer sich meist keineswegs in den distanzierten Formen einer rationalen Kritik hält, sondern in persönliche Abneigung gegen den Verleger umschlägt.

Die „Neue Linke“ hat keinen intellektuellen Zugang zu der Einsicht, daß die Verständigung der Demokraten darüber, mit Mehrheit über politische Streitfragen zu entscheiden, auf der Erfahrung beruht, daß es eine objektive Richtigkeit in der Politik selten gibt. Und in der Wissenschaft ist das prinzipielle Infragestellen einer einmal erreichten Position ja erst recht gerade die Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt. Die Weigerung der „Neuen Linken“, das subjektive politische Bewußtsein der Menschen als legitime und hinzunehmende Größe in ihre Rechnung einzustellen, läßt sie ganz im Gegensatz zu ihrem Plädoyer für mehr kritische Rationalität zurückfallen in einen oberflächlichen Determinismus.

Es ist die Ignoranz einer Scheinobjektivität, die den Denkstil der „Neuen Linken“ prägt; sie mündet in den Anspruch, darüber zu befinden, was die Menschen für ihre Pflicht und für ihr Glück halten. Das zu tun, liegt jedoch wiederum keineswegs in der subjektiven Absicht der Anhänger der „Neuen Linken“, aber es ist nichtsdestoweniger in der vermeintlichen Objektivität ihres Anspruchs beschlossen. Politische Utopie, ideologischer Determinismus und persönlicher Idealismus verbinden sich bei der „Neuen Linken“ in einer neuen Weise.

Der Angriff auf das Establishment

Die Kritik der „Neuen Linken“ am Establishment in der Bundesrepublik richtet sich nicht darauf, daß die etablierten Parteien, Parlamente, Regierungen und Organisationen überfällige Reformen unterlassen hätten. Einen solchen Vorwurf könnte man ja mit Grund in vielen Fällen erheben. Was der „Neuen Linken“ am deutschen Establishment mißfällt, ist dessen Weigerung, die analytischen Prämissen und die ideologischen Perspektiven der Jünger Marcuses zu übernehmen. Es ist für die „Neue Linke“ ganz unerheblich, daß die Angehörigen des Establishments in ihren politischen Zielen keineswegs übereinstimmen. Ihr einziger Maßstab ist, ob die für objektiv gehaltenen Thesen der „Neuen Linken“ akzeptiert werden oder nicht. „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ Der Vorwurf gegen das Establishment, es erweise sich im Hinblick auf die Anpassung an die Industriegesellschaft und deren qualitative Fortentwicklung als unfähig, bedeutet aus diesem Grunde im Verständnis der „Neuen Linken“ nicht viel. Infolgedessen

begrüßt sie jeden noch so vereinzelt Politiker oder Professor in ihren Reihen, der sich der totalen Kritik anschließt und sich zur „Neuen Linken“ „bekennt“. Gerade in der Art und Weise, wie sich die Anhänger der „Neuen Linken“ selber identifizieren und „solidarisieren“, zeigt sich der Umschlag von der geforderten Rationalität in eine aggressive Emotionalität und eine dogmatische ideologische Kameraderie. Schon mit ihrem eigenen Verhaltensstil demonstriert die „Neue Linke“ ihre im Ansatz totalitäre Selbstentfremdung.

Ihr bisheriger politischer Mißerfolg in der deutschen Politik hat die „Neue Linke“ keineswegs zu der Überlegung veranlaßt, daß ihre Grundpositionen vielleicht überprüft werden sollten. Vielmehr neigen die meisten ihrer Anhänger dazu, den politischen Mißerfolg geradezu als einen Beweis für die Unüberwindlichkeit des Establishments innerhalb der bestehenden Industriegesellschaft zu werten, darin ihre totale Kritik bestätigt zu sehen und daraus zu folgern, trotz der Mißerfolge in der Sache eben recht zu haben. Zur Ignoranz der Scheinobjektivität kommt die Arroganz der Ohnmacht; die ideologischen Thesen finden ihren Ausdruck in einer entsprechenden Verhaltensweise.

Ignoranz und Ohnmacht sind dominierende Seiten im Erscheinungsbild der „Neuen Lin-

ken“. Hier und da versucht sie jedoch auch, praktikable Alternativen zu entwickeln. In London, Berlin und Hamburg z. B. haben sich Studenten und wenige Dozenten darangemacht, Gegenmodelle auszuprobieren und „Kritische Universitäten“ zu gründen. Dieser Versuch hat eine erste, wenn auch begrenzte Selbstreflexion innerhalb der „Neuen Linken“ bewirkt und etwa ihre These von der möglichen Herrschaftsfreiheit doch relativiert. Auch an einer „Kritischen Universität“ kommt man um die Erfahrung nicht herum, daß einmal vereinbarte Vorlesungen, Übungen oder Seminare eingehalten, daß Aufgaben und Prüfungen bewältigt werden müssen. Das Problem der Fixierung von Spielregeln ist eben in keiner Institution zu umgehen.

Allerdings täten die etablierten Universitäten gut daran, diese verspätete Einsicht der „Neuen Linken“ an ihren „Kritischen Universitäten“ nicht nur nachsichtig zur Kenntnis zu nehmen, sondern zugleich Hinweise aufzunehmen, die in der inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Anlage der „Kritischen Universitäten“ zu finden sind. Die „Kritischen Universitäten“ spiegeln nicht nur die ideologische Selbsttäuschung ihrer Initiatoren wider, sondern sie lassen auch Versäumnisse im wissenschaftlichen Angebot, im methodischen Verfahren und im kooperativen Verhalten der alten Hochschulen erkennen.

Ein politisches Mandat der Hochschule?

Das verbreitete Desinteresse der Mehrheit der deutschen Studenten bis in die sechziger Jahre hinein hatte dazu geführt, für die politische Bildung an den Hochschulen größeren Raum zu fordern und die politische Relevanz wissenschaftlicher Aussagen aufmerksamer zu registrieren. Dann entwickelte sich zunächst eine zunehmend starke studentische Opposition gegen die staatliche Hochschulpolitik und gegen die Handhabung der Hochschulautonomie durch die Professoren. Die „Neue Linke“ suchte diese Reformbewegung in der ihr eigenen Weise zu politisieren. Beide Bestrebungen begegnen sich jetzt in dem Anspruch auf ein akademisches politisches Mandat allgemeiner Art.

Die Führung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) begründet diesen Anspruch damit, daß die Wissenschaft in ihrer konkreten Arbeitsgestaltung in Forschung und Lehre, ungeachtet der Selbstverwaltung und der Auto-

nomie der Hochschulen, politisch weitgehend vorgeformt sei und ihrerseits beträchtliche politische Wirkungen erzeuge. Die Studenten denken dabei nicht nur an den naturwissenschaftlichen und technologischen Bereich. Die Hochschule dürfe also, sagen der VDS und mit ihm die „Neue Linke“ in Deutschland, der politischen Relevanz ihrer Tätigkeit und ihrer Aussage nicht ausweichen. Dies ziehe die Pflicht nach sich, sich auch zu Vietnam, zur Notstandsgesetzgebung oder zur Pressekonzentration zu äußern, und zwar aus der wissenschaftlichen, nicht aus der staatsbürgerlichen Kompetenz der Professoren, Assistenten und Studenten.

Um die Hochschule in die Lage zu versetzen, dieser ihrer — sich vermeintlich aus der wissenschaftlichen Arbeit ergebenden — Verpflichtung zur Übernahme eines politischen Mandats angemessen nachkommen zu können, soll sie nach den Vorstellungen des VDS ihre Autonomie gegenüber dem Staat zwar behaupten.

ten, aber anders praktizieren. Dem angestrebten Zustand einer Herrschaftsfreiheit an den Hochschulen glauben die Studenten dadurch näherkommen zu können, daß sie eine andere Zusammensetzung der akademischen Organe durchsetzen. Mit Hilfe der Drittelparität wollen sie die Hochschule „demokratisieren“ und der Herrschaftsfreiheit annähern. Für die „Neue Linke“ sind das jedoch nur Vorstufen einer angestrebten Politisierung der Hochschule in ihrem Sinne.

Der Anspruch auf ein spezifisch akademisches politisches Mandat ist nur im Rahmen des Erscheinungsbildes der „Neuen Linken“ zu begreifen. Selbstverständlich spricht die „Neue Linke“ mit ihrer These von der Interdependenz der Wissenschaft und der Politik einen gegebenen Tatbestand zutreffend an. Doch ihre Folgerung, aus der Kompetenz der Wissenschaft ergäben sich Chance und Pflicht zur politischen Äußerung, beruht auf einem Mißverständnis der Wissenschaft wie der Demokratie.

Die Wissenschaft kann sich mit den ihr entsprechenden Mitteln der Logik und der durch Forschung weitergeführten Erfahrung in den meisten Fällen nicht dazu verstehen, der Politik eine sachlich eindeutige Lösung vorzuschlagen. Sie kann den Konflikt zwischen gesetzten politischen Zielen und Werten, dem bestehenden Zustand der Gesellschaft und den möglichen Mitteln zu seiner Veränderung nur durchschaubarer machen, ein Instrumentarium methodischer Art für die Politik bereitstellen und Alternativen verifizieren. Eine inhaltlich zwangsläufige und sachlich eindeutige Einflußnahme von der Wissenschaft auf die Politik ist nur dann vorstellbar, wenn man von einem parteilichen Begriff der Wissenschaft ausgeht, der Forschung und Lehre in vorgegebene ideologische Ansichten einfügt. Dann aber folgt die Politik nicht der Wissenschaft, sondern die Wissenschaft der Politik.

Die ideologische Vorfixiertheit der „Neuen Linken“ geht in der Verbindung mit dem politischen Mandat der Hochschule denn auch auf einen parteilichen Wissenschaftsbegriff aus oder würde ihn doch zwangsläufig zur Folge haben. Die These des VDS, aus der Interdependenz von Wissenschaft und Gesellschaft folge ein allgemeines politisches Mandat der Hochschule, ist deshalb nichts anderes als eine durch die Formeln der Herrschaftsfreiheit und der Demokratisierung verdeckte Intervention zugunsten einer parteilichen Wissenschaft im

inhaltlichen Sinne der „Neuen Linken“. Hätte die „Neue Linke“ sich intensiver mit Ideologiekritik beschäftigt, dann würde es ihr nicht schwerfallen, zu dieser Einsicht über sich selbst zu gelangen.

Doch gehen wir ein wenig ins Detail. Unterstellt man einmal, die Handhabung des politischen Mandats kraft wissenschaftlicher Einsicht sei praktikabel, dann wäre ja nicht einzusehen, wieso Professoren, Assistenten und Studenten nicht zu denselben Schlüssen aus wissenschaftlichen Einsichten oder Resultaten kommen sollten. Insofern verlöre dann die Forderung nach der Drittelparität ihre logische Berechtigung — es sei denn, man ginge davon aus, daß die Professoren wegen eines „falschen Bewußtseins“ nicht in der Lage seien, „richtige“ Schlüsse aus ihren Forschungen zu ziehen und die Studenten ihnen also dabei behilflich sein müßten. Hier stoßen wir auf den Begriff der parteilichen Wissenschaft, denn wo sonst könnte man „objektive“ Maßstäbe für die Bestimmung dessen finden, was politisch aus der Wissenschaft zu folgern ist?

Weicht man der Konsequenz, den parteilichen Wissenschaftsbegriff im Sinne der „Neuen Linken“ inhaltlich zu akzeptieren, aber aus, dann bleibt zu fragen, wo denn eine demokratisierende Wirkung der Drittelparität bei der Handhabung des allgemeinen politischen Mandats erwartet werden könnte. Demokratie hängt ihrem historischen Verständnis und ihrer geschichtlichen Entwicklung nach untrennbar mit der formalen Gleichheit der Mitwirkenden zusammen. Wie verträgt sich dies aber mit der Drittelparität? Wäre es, wenn man Demokratie im Sinne einer vermeintlich möglichen Umsetzung wissenschaftlicher Einsichten in politische Aktionen will, dann nicht angemessen, die Stimmen der Professoren, Assistenten und Studenten nicht nach der Drittelparität zu wägen, sondern nach dem demokratischen Prinzip der Gleichheit zu zählen?

Die Umsetzung wissenschaftlicher Einsichten in politische Ansichten bleibt inhaltlich gebunden an die Meinungsbildung des einzelnen, die Diskussion mit anderen und die gemeinsame Entscheidung darüber, was geschehen soll. Die Drittelparität erweist sich weder als geeignet, im Rahmen der Handhabung eines politischen Mandats zu einer Demokratisierung der Hochschulen zu kommen, noch dazu, den an Logik und Erfahrung gebundenen Wissenschaftsbegriff mit persönlichem politischen Engagement zu verbinden.

Zugleich bedeutet der Anspruch auf ein allgemeines politisches akademisches Mandat einen Rückfall in ständestaatliches Denken. Wenn der VDS ein von der Wissenschaft abgeleitetes und von ihr inhaltlich bestimmtes politisches Mandat für möglich hält und praktizieren will, dann sieht und setzt er sich — abgesehen von dem wissenschaftstheoretischen Widersinn der Forderung — außerhalb der demokratischen Grundordnung, die von der prinzipiellen Gleichheit der Bürger ausgeht und davon bestimmt bleiben muß. Das allgemeine akademische politische Mandat ist nichts anderes als

eine Art ständestaatlicher Anspruch einer „Elite“ ohne Mandat auf Führung. Der gleichzeitig beibehaltene Anspruch des VDS, ein Zwangsverband aller Studenten auf der Ebene der Allgemeinen Studentenausschüsse zu sein, ohne alle Studenten in Urabstimmung oder wenigstens in repräsentativ besetzten Vollversammlungen zu strittigen Problemen konkret zu befragen, kommt dem faschistischen Korporationsdenken und der Einparteienvorstellung sehr nahe. Es fehlt nur noch das Führerprinzip oder das des „demokratischen Zentralismus“.

Das deutsche Establishment und die „Neue Linke“

Die Mehrheit der deutschen Professoren ist offensichtlich verstört über die unerwartete Erscheinung und Offensive der „Neuen Linken“ an den Hochschulen. Es ist sicher unberechtigt, dem deutschen Ordinarius allgemein nachsagen zu wollen, er habe ein ausgeprägtes Herrschaftsbedürfnis entwickelt. Aber er befand und befindet sich vielfach noch an der Spitze zweier Hierarchien: als Ordinarius im Bereich der Lehre, als Institutsdirektor in der Forschung. Die deutschen Ordinarien in ihrer Gesamtheit besetzten bisher die akademischen Beratungs- und Entscheidungsorgane und behielten sich im wesentlichen alle Rechte vor. Aber ihre Organe, die Fakultäten, Senate und Rektoren, haben sich über zwanzig Jahre als im ganzen nicht fähig erwiesen, die Selbstverwaltung und die Autonomie der Hochschulen in einer Weise zu handhaben, daß eine Hochschulreform daraus hätte entstehen können. Wiederum wäre es jedoch unrichtig, diese allgemeine Feststellung nicht durch die Anmerkung zu ergänzen, daß einzelne Hochschullehrer in ihrem Arbeitsbereich vieles geändert haben und nicht wenige von ihnen der mangelhaften Funktionsfähigkeit der akademischen Organe mit deutlicher Kritik begegnen. Aber wir müssen den Tatbestand zur Kenntnis nehmen, daß die deutschen Hochschulen zu einem Reform-Selbstverständnis im ganzen nicht gelangt sind.

Die Kultusverwaltungen wie die Parlamente haben die Hochschulreform ihrerseits erst ernsthaft im Visier, seit die Rebellion der Studenten sie darauf nachdrücklich aufmerksam gemacht hat. Allmählich zeichnen sich Planungen einer zukünftigen Gestalt der Hochschulen ab. Doch politische Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen, wird durch die relative

Isolierung der Kulturpolitiker in den Parteien, Fraktionen und Regierungen immer noch erschwert. Einer im ganzen nach wie vor unpolitischen Professorenschaft steht eine politisch unentschlossene Staatsführung gegenüber, soweit es sich um die Hochschulreform handelt.

Dies erklärt u. a., warum die Hochschullehrer von der Rebellion der Studenten so beeindruckt worden sind. Es gibt kaum eine Unterhaltung unter Professoren, in der „die Studenten“ nicht das beherrschende Thema sind. Natürlich haben die meisten Professoren ihre eigene Auffassung darüber, was man eigentlich tun müßte. Aber über Resolutionen der Rektoren und einzelner Professorengruppen hinaus — in gemessener und distanzierter Sprache verfaßt — sind keine greifbaren Entscheidungen gefallen. Bezeichnend für das geringe Engagement an einer koordinierten Neugestaltung der Hochschulen ist die Gleichgültigkeit vieler Professoren gegenüber den Hochschulen neuen Typs in Konstanz, Bochum und Bielefeld. Diese als Reformuniversitäten gedachten Hochschulen läßt man mit verhaltener Zustimmung entstehen, aber kein repräsentatives Organ der Wissenschaft hat sich der Frage gestellt, was denn von den dort versuchten Reformen für alle Hochschulen richtig oder gar notwendig sein könnte.

Besonders irritiert die Professoren der politische Charakter der studentischen Rebellion. Nur schwer können sie sich in die Vorstellungswelt der „Neuen Linken“ versetzen, und so ist es auch selten zu politischen Antworten an die „Neue Linke“ gekommen. Das unpolitische Selbstverständnis der Mehrheit der Hochschullehrer verstärkt ihre Unsicherheit gegenüber der „Neuen Linken“, die ihnen in tagtäglichen Auseinandersetzungen entgegentritt.

Ein nicht geringer Teil der Ordinarien reagiert auf die Herausforderung mit einem Rückzug auf das traditionelle Selbstverständnis und die damit verbundenen institutionellen und rechtlichen Positionen. Doch haben sich die Professoren andererseits, weil ihnen politische Aktionen fremd sind, nirgendwo zu einer wirksamen Gegenmaßnahme entschließen mögen. Sonst wäre gewiß die eine oder andere Kultusverwaltung von den Professoren mit der Alternative konfrontiert worden, entweder die Ausübung des Hochschullehrerberufs in der gewohnten Weise zu garantieren oder es hinzunehmen, daß die Hochschullehrer „streiken“.

Eine unbedeutende Minderheit unter den Hochschullehrern, teilweise durch ideologische Sympathien mit der „Neuen Linken“ verbunden, paßt sich den Forderungen der studentischen Rebellen an oder übernimmt sie. Sie weiß sich damit der Zustimmung der „Neuen Linken“ sicher, aber sie verzichtet im Grunde darauf, eigenständiger und kritischer Gesprächspartner der rebellierenden Kommilitonen zu bleiben.

Dieser mühseligen Aufgabe stellen sich eigentlich nur diejenigen Professoren, die die Forderungen der „Neuen Linken“ in ihren vielfältigen Erscheinungsformen sachlich daraufhin untersuchen, was davon mit den immanenten Regeln wissenschaftlicher Lehre und Forschung zu vereinbaren ist und was nicht. Die ideologisierte Kerngruppe der „Neuen Linken“ wertet diese Reformprofessoren als ihre eigentlichen Gegner, denn sie stellen genau den Teil des Establishments an den Hochschulen dar, der zu einer Reform willens und fähig ist und damit die totale Kritik der „Neuen Linken“ fragwürdig macht. Zugleich fällt es den Reformprofessoren oft schwer, mit ihren in die Anpassung oder in die Reaktion ausweichenden Kollegen eine Übereinstimmung zu bewahren oder herzustellen. Der Zerfall der Professorenschaft in die drei Gruppen, die zur Reaktion, zur Anpassung oder zur Reform neigen, macht die akademischen Organe nicht handlungsfähiger. Zermürbende und ermüdende Dauerdiskussionen über stets die gleichen Themen mit der normalerweise üblichen Folgenlosigkeit führen dazu, daß die Spannkraft vieler Hochschullehrer nachläßt, denn sie kommen zunehmend weniger zu ihren eigentlichen Aufgaben in Lehre und Forschung.

Die Führung der Studentenschaft kann demgegenüber, da sie die Legitimitätsgrundlage ihres eigenen Vorgehens nicht mehr in Frage stellt und nur ungern kritisieren läßt, relativ

geschlossen agieren. Zwischen die Professoren und Studenten schiebt sich jetzt die Gruppe der Assistenten, die man dem zur Reform neigenden Teil der Professorenschaft zurechnen kann. Ein Kooperationsrahmen, der Professoren, Assistenten und Studenten gemeinsame Beratungen und Entscheidungen ermöglichen könnte, ist jedoch vorerst nicht das Ziel der beteiligten Partner. Wie die Tarifpartner in einem Sozialkonflikt sitzen die Sprecher der einzelnen Gruppen einander gegenüber und führen damit die Selbstverwaltung und die Autonomie der Hochschule mehr und mehr ad absurdum.

Wenn irgendwann, dann müssen die deutschen Universitäten jetzt darauf hoffen können, durch eine Kooperation mit der Politik vor einem institutionellen Zerfall bewahrt zu werden. Gemeinsame Beratungen mit den Kultusministern, mehrere Hearings im Wissenschaftsausschuß des Bundestages und in manchen Landtagen haben dazu beigetragen, eine kooperativere Atmosphäre zwischen Politikern und Wissenschaftlern anzuregen. Der Wissenschaftsrat hat angekündigt, bis 1969 gemeinsam mit dem Bildungsrat ein Reformprogramm für das Bildungswesen und die Hochschulen vorzulegen. Der VDS hat ein Gegenprogramm angekündigt. Man fragt sich, warum der Wissenschaftsrat und der Bildungsrat keinen Weg gefunden haben, die Vertreter der Studenten an ihren Beratungen zu beteiligen, wie das von den politischen Institutionen wenigstens versucht worden ist.

Der nationale Bildungsplan könnte ein Ansatz sein, um den Reformwillen an den Hochschulen zu stärken und zu einer politischen Entscheidungsfähigkeit zu verdichten. Ob das möglich sein wird, hängt wesentlich von der Handlungsfähigkeit der Landesregierungen und der Landtage ab. Die deutschen Politiker haben Hochschulen und Wissenschaft bisher weitgehend mit den Professoren identifiziert. Studenten hingegen wurden eher als förderungswürdige Schüler im höheren Alter gewertet. Den Professoren begegneten die Politiker mit Respekt, den Studenten mit Wohlwollen. Die Reaktion der Politiker auf die Rebellion der Studenten und auf die Hilflosigkeit vieler Professoren war deshalb gekennzeichnet durch eine allgemeine Enttäuschung darüber, daß das gewohnte Bild von den Professoren und Studenten plötzlich nicht mehr stimmte. Den Professoren werfen die Politiker vor, daß sie nicht imstande seien, einerseits über die Schatten ihrer eigenen Tradition zu springen

und andererseits eine sachbezogene Autorität zu bewahren, den Studenten rät man, lieber zu studieren statt zu demonstrieren. Diese Reaktion auf der politischen Seite deckt sich weitgehend mit dem Verhalten der Gruppe unter den Professoren, die in der Ratlosigkeit verharren oder auf die Tradition pochen.

Dabei waren die politischen Parteien gegenüber den ihnen nahestehenden Verbänden seit langem Kummer gewöhnt. Die Sozialdemokratische Partei trennte sich schon vor Jahren vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), und mit dem als Nachfolgeorganisation zunächst geförderten Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) verbindet sie politisch gegenwärtig kaum mehr eine nennenswerte Gemeinsamkeit. Die FDP weiß nicht recht, ob der Liberale Studentenbund Deutschland (LSD) mit der gegenwärtigen Bonner Oppositionspartei überhaupt noch etwas im Sinn hat. Und die CDU wundert sich darüber, daß die heute vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erhobenen Forderungen zur Hochschulreform ziemlich genau dem entsprechen, was der SDS in den fünfziger Jahren wollte. Doch wurden die Parteien bis zum Beginn der offenen Rebellion der „Neuen Linken“ an den Hochschulen in ihrer eigenen Aktion und Reaktion von diesen Warnzeichen kaum beeindruckt. Weder mochten sie sich dazu durchringen, „ihre“ Studentenverbände an der langen Leine laufen zu lassen, noch dazu, sich ernsthaft mit den Forderungen des SHB, des LSD und des RCDS auseinanderzusetzen. Erst nachdem Demonstrationen und Tumulte an den Hochschulen sich mehrten und dazu führten, die Wähler in der deutschen Provinz zu beunruhigen, wurde den Parteien das Problem von dieser Seite her einleuchtender. Ihre Abgeordneten hörten überall, das gehe doch wohl zu weit mit den Studenten, es müsse endlich etwas geschehen. In den Parlamenten begannen sich die Fraktionen in ihrer Gesamtheit plötzlich für Hochschulpolitik zu interessieren. Was jahrelange Debatten und viele Resolutionen der Experten aus Wissenschaft und Politik nicht zuwege gebracht hatten, das gelang der politischen Offensive der „Neuen Linken“ in wenigen Monaten — ein für die linken Rebellen unbeabsichtigter und hinderlicher Nebeneffekt. Der Bundestag und die Landtage befaßten sich in Sondersitzungen mit dem Thema der „Neuen Linken“.

Kaum jemals wurden — abseits von der von allen Parteien betonten Notwendigkeit, die Auseinandersetzung in zivilisierten Formen zu

führen — die unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien und auch innerhalb der Parteien vom Staat, von der Demokratie und vom Sinn der Hochschulen und der Wissenschaft so deutlich wie in diesen Debatten. Die einen, den „Reaktionären“ unter den Professoren verbunden, ziehen sich auf die bloße Ordnungsaufgabe des Staates zurück, sehen den Staat dem Bürger vorgeordnet und verlangen, daß an den Universitäten endlich wieder Ruhe herrschen und gearbeitet werden müsse. Die anderen sehen die Grenze gegenüber der „Neuen Linken“ da, wo sie die Grundordnung der Demokratie in Frage stellt, zeigen sich aber bereit, den Staat als einen freiheitlichen Kooperationsrahmen der Bürger zu begreifen und dabei an der Spielregel der Mehrheitsentscheidung festzuhalten — nicht deshalb, weil die Mehrheit immer recht hat, sondern aus der Einsicht und Erfahrung, daß es keine weniger willkürliche Form zur Herbeiführung von Entscheidungen gibt. Die Parteien, Parlamentarier und Minister schwanken in ihrer Meinungsbildung zwischen der Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung, die Demonstrationen zu beenden, und ihrer unterschiedlichen Bereitschaft, den zur Reform drängenden Professoren, Assistenten und Studenten in vielem recht zu geben und die Hochschulreform zu einer erstrangigen politischen Aufgabe zu machen.

Die eigentliche Herausforderung der „Neuen Linken“ an das Establishment, nämlich die Grundstruktur und die Eigenart der Demokratie kritisch zu durchdenken und zugleich zu behaupten, wurde in den bisherigen Auseinandersetzungen auf der politischen Seite allerdings meist nur ungenau erkannt. Die komplizierte Sprache und das irritierende Gebaren der linken Rebellen taten das ihre, um vielen Politikern den Zugang zu den eigentlichen Thesen der „Neuen Linken“ zu erschweren. Außerdem herrscht eine weitgehende politische Unklarheit über die Grundfragen der Beziehungen von Staat und Hochschule. Hat der Staat das Recht, in die institutionelle Ordnung der Hochschule einzugreifen? Was bedeutet für den demokratischen Staat der Autonomieanspruch der Hochschule, der ja gegenüber einem ganz anderen Staatstyp durchgesetzt wurde? Die Unschlüssigkeit der politischen Meinungsbildung zu diesen und anderen Fragen wird deutlich in ganz unterschiedlichen Gesetzentwürfen zur Hochschulreform. Dies erschwert die Erarbeitung und politische Durchsetzung einer schlüssigen hochschulpolitischen Konzeption.

Die „Neue Linke“ stellt das politische und wissenschaftliche Establishment nicht nur vor ein Generationsproblem, sie ist nicht primär eine neue Spielart einer Jugendbewegung, sondern sie fordert zu einer kritischen Überprüfung unserer Vorstellungen von der Industriegesellschaft, der Demokratie und der Wissenschaft heraus. Es ist deshalb nicht so wesentlich, daß die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik, deren Kern die „Neue Linke“ stellt, kaum die Chance hat, zu einer Massenbewegung zu werden. Sie konfrontiert uns nicht als Machtfaktor, sondern intellektuell mit der Frage nach dem Sinn unserer Ordnung. Das ist eine politische Problemstellung, der nur auf politische Weise begegnet werden kann.

Und darüber Klarheit zu schaffen, wird leichter möglich sein, wenn die Strukturmerkmale einer demokratischen Gesellschaft deutlicher herausgestellt werden. Dazu gehören die Gleichheit der Chance, die Transparenz des gesellschaftlichen Geschehens, die Kontrollierbarkeit der Herrschaft und die Auswechselbarkeit der Inhaber von Führungspositionen. Soweit diese Kriterien unklar, bestritten oder in der politischen Wirklichkeit vernachlässigt werden, entfernen wir uns von einer demokratischen Qualität der Gesellschaft. Funktionale Effektivität und intellektuelle Liberalität müssen nicht als Gegensätze begriffen und praktiziert werden; sie können einander ergänzen.

Spätkapitalismus?

„Aber von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste. Ein solcher Wunsch führt unvermeidlich zu dem Versuch, anderen Menschen unsere Ordnung ‚höherer‘ Werte aufzuzwingen, um ihnen so die Einsicht in Dinge zu verschaffen, die uns für ihr Glück am wichtigsten zu sein scheinen. . . . Dieser Wunsch führt zu Utopismus und Romantizismus. Wir alle haben das sichere Gefühl, daß jedermann in der schönen, der vollkommenen Gemeinschaft unserer Träume glücklich sein würde. Und zweifellos wäre eine Welt, in der wir uns alle lieben, der Himmel auf Erden. Aber . . . der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle.“

K. R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band II, S. 291 f.

In ökonomischer Sicht sind es vor allem drei Thesen, durch die die „Neue Linke“ Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregt hat:

- die Kennzeichnung der bestehenden Wirtschaftsordnung als spätkapitalistisch,
- die These vom repressiven Zwangscharakter des sogenannten Spätkapitalismus und
- die Behauptung, daß die einzige rationale Alternative in der gegenwärtigen Situation eine „qualitative Änderung“ sei, d. h. die Abschaffung des sogenannten spätkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems als Ganzes und seine Ersetzung durch eine neue Ordnung.

Analysen und Kritiken von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen gehören nun keineswegs zu jenen Gegenständen, die nur gelegentlich öffentliches Interesse finden. Es ist daher eher verwunderlich als selbstverständlich, wenn eine bestimmte Position im Streit der Meinungen besonderes Gehör findet. Aber diese Frage soll im folgenden nicht erörtert werden — sie ist Gegenstand sozialpsychologischer und soziologischer Theorien, die sich

mit den Rückwirkungen von Ideen auf das menschliche Handeln befassen. Statt dessen wird versucht, einige der vorgetragenen Argumente ¹⁾ einer kritischen Analyse zu unterziehen, und zwar aus der Perspektive einer Politik, die an der rationalen Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung orientiert ist. Es geht also nicht um die Frage nach den machtpolitischen Voraussetzungen einer erfolgreichen sozialistischen Revolution, sondern um die Prüfung einer Diagnose, einer Prognose und einer Alternative mit wissenschaftlichen Mitteln, d. h. den Versuch, das Verfahren von Versuch und Fehlerelimination auf politische Fragen anzuwenden.

Dieses „rationalistische Vorurteil“, das die Ablehnung der vielfältigen Spielarten des Irrationalismus, die Kritik von Mythen und Ideologien, von geschlossenen Systemen und Doktrinen sowie die prinzipielle Revidierbarkeit von Theorien, Hypothesen, Methoden und Perspektiven impliziert, läßt sich als die gemeinsame Basis auffassen, auf der sich die Auseinandersetzungen vollziehen können, erheben doch nicht nur die Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern auch ihre heutigen Nachfolger den Anspruch, zu jenen sozialphilosophischen Richtungen zu zählen, die sich um eine rationale Lösung drängender gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Probleme bemühen ²⁾.

¹⁾ Die Konzentration auf die Argumente erübrigt es, eine soziologische Identifikation der Gruppierungen vorzunehmen, die man als „Neue Linke“ bezeichnen kann. Die Kritik gilt selbstverständlich nicht Personen, sondern Argumenten; zwischen beiden läßt sich sehr wohl unterscheiden.

²⁾ Siehe hierzu z. B. die Argumentation von K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. 2, 1. Hlb. 1921, S. 312 f., und die starke Betonung des Rationalitätsaspektes bei H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, 3. Auflage, Neuwied 1968.

Die Endphase des sogenannten Kapitalismus

Wir leben in der Epoche des sogenannten Spätkapitalismus — das ist eine zentrale Idee, die in den Äußerungen der „Neuen Linken“ in vielen Variationen vertreten wird. Die Behauptung, daß sich irgendein Objekt in seiner „Spät“-Phase befindet, ist nun offenbar nur dann sinnvoll, wenn man davon ausgehen kann, daß es typische Entwicklungsphasen durchläuft, also etwa ein Früh-, Hoch- und Spätstadium oder einen biologischen Rhythmus von Geburt und Tod. Die für viele Bereiche der biologischen Existenz geläufigen Vorstellungen vom Werden und Vergehen, von Leben und Tod, werden nun im vorliegenden Zusammenhang auf einen Objektbereich, nämlich soziale Interaktionssysteme, angewendet, wo sie alles andere als selbstverständlich sind. „Die Gesellschaft“ läßt sich ja keineswegs ohne weiteres als eine Entität auffassen, auf die man organisatorische Ideen anwenden kann oder von der sich ohne Schwierigkeit sagen läßt, daß sie Prozessen wie Geburt, Alterung und Absterben unterliege. Letzteres gilt für ihre Mitglieder, nicht aber für Kollektive, die gewöhnlich unter dem abstrakten Begriff „Gesellschaft“ subsumiert werden. Dabei ist anzumerken, daß die Frage, was man unter „Gesellschaft“ verstehen will, sehr verschieden beantwortet werden kann: die Menschen in einem bestimmten Territorium, Staat oder politischen Lager, die gegenwärtig Lebenden oder auch zukünftige Generationen oder schließlich auch jene angeblich existenten sozialen Ganzheiten, von denen der methodologische Kollektivismus auszugehen pflegt.

Die Rede vom Spätkapitalismus impliziert aber noch eine weitere Vorstellung, daß nämlich das so gekennzeichnete Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sich gegenwärtig in der Phase einer krisenhaften Zuspitzung und des Übergangs in eine neue Ordnung befindet. Dieser Idee verleiht z. B. Dutschke³⁾ Ausdruck, wenn er die Meinung vertritt, mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges sei der sogenannte Kapitalismus in die Phase des Niedergangs eingetreten. Speziell für die Bundesrepublik Deutschland prophezeit er das Ende

ihrer „ökonomischen Rekonstruktionsperiode“, und er sieht in der 1966 geschlossenen CDU-SPD-Koalition einen letzten verzweifelten Versuch der „herrschenden Oligarchien“, die strukturellen Schwierigkeiten des Systems zu lösen. Der Zerfall des kapitalistischen Systems aber soll gleichzeitig begleitet sein von der Heraufkunft einer „neuen Gesellschaft“, dem „neuen Menschen des 21. Jahrhunderts“, der das Ergebnis eines „langen und schmerzlichen Kampfes“, eines schnellen Auf und Ab der Bewegungen ist, so daß die Gegenwart als „kulturevolutionäre Übergangsphase“ aufgefaßt werden kann. Anders ausgedrückt: Die Zukunft ist in die Gegenwart und Vergangenheit gleichsam eingeschachtelt, und es gilt den „richtigen Kurs (zu) beschleunigen“, um die „Befreiung des Menschen von den unbegriffenen und unkontrollierten Mächten der Gesellschaft und der Natur“ zu erreichen und „Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können“.

Die Idee, daß sich historische Ereignisse in den Bahnen von Zerfall einer alten und Heraufkunft einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollziehen, gehört zu jenen Denkschemata, die in der Geschichtsphilosophie stets eine besondere Rolle gespielt haben. Man findet sie z. B. in Dreistadiengesetzen, die Früh-, Hoch- und Spätepochen oder bestimmte Entwicklungszyklen behaupten, in Entwicklungstheorien, die entweder mit dem optimistischen Bild des Aufstiegs aus primitiven Ursprüngen zu immer höheren Formen operieren, oder die sich der umgekehrten Perspektive bedienen, des Abstiegs aus dem goldenen Zeitalter in eine Verfallssituation. Die Annahme historischer Gesetzmäßigkeiten tritt in der Geschichte der ökonomischen Theorien bei Richtungen auf, die in ihren übrigen Meinungen und politischen Überzeugungen soweit auseinandergehen wie die Konzeptionen der ökonomischen Klassik und der Historischen Schule, die des wissenschaftlichen Sozialismus und der Historischen Schule (Kathedersozialisten); ihrer bedienen sich ferner Geschichtsphilosophen wie Hegel, Comte, J. St. Mill, Spencer oder Toynbee. Der bei weitem einflußreichste Versuch mit dem Modell zu arbeiten, daß der Ablauf der Wirtschaft und darüber hinaus der Menschheitsgeschichte einen Ursprung hat und auf ein Endstadium ausgerichtet ist, aber stammt von Karl Marx,

³⁾ R. Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: U. Bergmann, R. Dutschke, W. Lefèvre, B. Rabehl, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Hamburg 1968, S. 61, 71, 81 f.

dessen wissenschaftliches Programm die „Ent-
hüllung des ökonomischen Bewegungsgesetzes
der modernen Gesellschaft“ war, und der wie
viele seiner Zeitgenossen glaubte, diese in
einem Dreistadiengesetz gefunden zu haben,
der Stufenfolge von Feudalismus, Kapitalismus
und Sozialismus.

Worin liegt nun die Problematik entwick-
lungstheoretischer Vorstellungen, wie sie sich
im Begriff „Spätkapitalismus“ niederschlagen?
Die Mängel sind dreifacher Art:

— sie liefern erstens faktisch keine zutreffen-
den Beschreibungen,

— sie führen zweitens zu methodologisch pro-
blematischen Strategien und

— sie sind drittens offen für die politisch-
ideologische Verwendung im Dienst sehr ver-
schiedener Zielsetzungen.

1. Geschichtstheoretische Entwicklungsideen
in ihren verschiedenen Spielarten — seien sie
nun marxistischer oder „bürgerlicher“ Her-
kunft — wirken auf den ersten Blick vor allem
dadurch, daß sie es scheinbar erlauben, eine
äußerst genaue Gegenwartsanalyse zu betrei-
ben, zu erklären, wie es zu der gegenwärtigen
Situation kommen „mußte“, und schließlich die
Richtung anzugeben, wohin der Weg führt.
Dutschkes Deutung der deutschen Sozialge-
schichte der letzten hundert Jahre läßt sich
hierzu ebenso heranziehen wie Toynbees
Lehre von der Entwicklung und Abfolge der
Kultursysteme. Unterstellt man einmal vorläu-
fig, es sei wissenschaftlich vertretbar, mit der-
artigen Entwicklungsschemata zu operieren,
so ist die Frage am Platz, ob sie zutreffende
Deskriptionen, Erklärungen und Prognosen
liefern. Die Antwort ist negativ; zahlreiche
historische, soziologische und ökonomische
Untersuchungen haben gezeigt, daß sie weder
zutreffende Beschreibungen oder Erklärungen
der Vergangenheit ⁴⁾ noch richtige Voraussagen
der Zukunft ⁵⁾ liefern.

⁴⁾ Um nur ein Beispiel zu nennen: Marx' dialek-
tisches Schema sieht sich der Schwierigkeit gegen-
über, daß der Feudalismus eine spezifisch euro-
päische Erscheinung ist, die sich in asiatischen Kul-
turen nicht in gleicher oder entsprechender Form
nachweisen läßt. Zur kritischen Analyse der ver-
schiedenen „feudalistischen“ Uminterpretationen
der sogenannten asiatischen Gesellschaft unter dem
Einfluß von Lenin und Stalin sowie den daraus
resultierenden Folgen für das Marxsche Entwick-
lungsschema siehe K. A. Wittfogel, Die orienta-
lische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung
totaler Macht, Köln und Berlin o. J. (1962), S. 470—
511.

2. Hiergegen gibt es jedoch seitens der Ver-
fechter geschichtstheoretischer Anschauungen
eine häufig angewandte Strategie, die zwar im
Endergebnis auf eine inhaltliche Entleerung
der aufgestellten Behauptungen hinausläuft,
aber trotzdem — oder besser: gerade deswe-
gen — häufig verwendet wird. Sie besteht
kurz gesagt darin, daß man neue Phasen in
das Entwicklungsschema einführt bzw. Ad-
hoc-Adaptionen im Lichte widersprechender
Tatsachen vornimmt. Dieses Vorgehen ließe
sich zwar mit dem Argument verteidigen, daß
man gescheiterte Theorien durch bessere er-
setzen soll, seine praktische Funktion ist je-
doch häufig nicht die Verbesserung der Theo-
rie, sondern ihre Immunisierung gegen fak-
tische Einwände ⁶⁾.

Der bekannteste Versuch, eine neue Phase in
das Entwicklungsschema Marx' einzuführen,
unternahmen die älteren Imperialismustheore-
tiker, die das Ausbleiben des von Marx zu
seinen Lebzeiten erwarteten Zusammenbruchs
des Kapitalismus durch die Einfügung einer
Zwischenstufe, des Imperialismus, zu erklären
versuchten. Dabei legten sie größten Wert dar-
auf, darunter eine zeitlich begrenzte histori-
sche „Phase“, nicht aber das Ergebnis einer be-
wußten „Politik“ zu verstehen. Dieses Verfah-
ren läßt sich, wie die gegenwärtige Diskus-
sion zeigt, beliebig fortsetzen, indem man als
weitere Zwischenstufen oder Phasen etwa die
spätkapitalistische oder die neokolonialisti-
sche einschleibt und neue „Kapitalismen“ kre-
iert wie den Vergeudungskapitalismus (Koz-
lik), den „Stamok“ (staatsmonopolistischer Ka-

⁵⁾ Zu den zahlreichen Behauptungen, daß der kri-
senhafte Umschwung des sogenannten Kapitalismus
unmittelbar vor der Türe stehe — z. B. zum Aus-
gang des 19. Jahrhunderts, zu Beginn und zum
Ende der beiden Weltkriege, im Verlauf der Welt-
wirtschaftskrise — und den Reaktionen auf das
Scheitern der Vorhersagen siehe die Studie von K.
Shibata, Dynamic and Dialectic Theories of World
Capitalism, Kyoto 1959, passim.

⁶⁾ Anmerkung des Herausgebers (Erwin K.
Scheuch): Vgl. hierzu das Korrelat der Wissen-
schaftslehre, daß durch Ad-hoc-Zusatzannahmen
jede Theorie gegen Widerlegungen immun wird.
So konnte sich über Jahrhunderte hinweg die
Ptolemäische Lehre gegenüber der Kopernika-
nischen Lehre halten, indem bei jeder nicht mit der
Ptolemäischen Theorie vereinbaren neuen Beob-
achtung flugs eine Zusatzannahme eingeführt
wurde. Der Zusammenbruch der Ptolemäischen
Lehre wurde weniger durch eine weitgehende
Unvereinbarkeit mit Erfahrungstatsachen bewirkt
als dadurch, daß sich schließlich der gleiche Satz
an Beobachtungen viel einfacher mit der Koperni-
kanischen Vorstellung als mit der durch immer
weitergehende Zusatzannahmen überkompliziert
gewordenen Ptolemäischen Lehre erklären ließ.

pitalismus, Reinhold) oder schlicht vom Neokapitalismus (Gorz) spricht.

Der Vorteil dieses Vorgehens scheint darin zu liegen, daß man nicht gezwungen wird, die Behauptung von den unüberwindbaren Grundwidersprüchen des „Kapitalismus“, die sein Scheitern letztlich hervorrufen sollen, revidieren zu müssen. Tatsächlich handelt es sich jedoch um einen Pyrrhussieg; sein Preis ist die inhaltliche Entleerung des Aussagensystems⁷⁾, denn durch das Festhalten an einem Entwicklungsschema angesichts widersprechender Tatsachen gerät man in ein Dilemma. Man ist entweder gezwungen, zu dem methodologisch unbefriedigenden Verfahren, Widersprüche mit der Realität durch Ad-hoc-Hypothesen hinwegzuerklären, Zuflucht zu nehmen, oder aber man muß die Theorie so umkonstruieren, daß sie mit den jeweils bekannten Fakten prinzipiell nicht in Konflikt geraten kann. Besonders deutlich kommt diese zweite Strategie bei Sweezy zum Ausdruck. Er vertritt die Auffassung, daß der sogenannte Kapitalismus zwar zeitweilig vor dem Zerfall durch systemstabilisierende Maßnahmen „gerettet“ werden kann, gleichzeitig hält er aber am Zwangscharakter des Entwicklungsgesetzes fest; um sich jedoch vor der Widerlegung durch die Tatsachen zu schützen, immunisiert er seine Position durch den Hinweis, daß sich der Übergang zum Sozialismus „sehr wohl lang ausgedehnt und stufenweise vollziehen, und ... viele Phasen durchlaufen (kann), die sich betont voneinander unterscheiden“⁸⁾. In dieser Form ist die Große Idee vom zwangsläufigen Zerfall des „Kapitalismus“ mit jedem beliebigen Sachverhalt vereinbar. Jedes widersprechende Ereignis kann als eine der vielen „Phasen“ auf dem Weg, als vorübergehender Zustand, als „nicht zu umgehende ‚Niederlage‘“ (Dutschke) aufgefaßt werden. Die inhaltliche Entleerung eines Aussagensystems aber bedeutet den Verlust seines empirisch-wissenschaftlichen Charakters⁹⁾. Damit

⁷⁾ Zur methodologischen Kritik derartiger Immunisierungsstrategien vgl. H. Albert (Hg.), *Theorie und Realität*, Tübingen 1964, S. 27 ff. — Derselbe, *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Neuwied o. J. (1967), passim.

⁸⁾ P. Sweezy, *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln o. J. (1959), S. 172 ff., 278, 280.

⁹⁾ Damit sind die Möglichkeiten zur Kritik von Entwicklungsschemata keineswegs erschöpft. Wie K. R. Popper (*Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, S. 83 ff.) zeigt, braucht man sich nicht auf die Analyse ihres empirisch-wissenschaftlichen Charakters zu beschränken, man kann sie darüber hinaus unter den Gesichtspunkten der Methodologie der Sozialwissenschaften kritisch behandeln.

erweisen sich Entwicklungsschemata gleichzeitig für die Fundierung einer rationalen Politik, die auf empirischen und überprüfbaren sozialen Gesetzmäßigkeiten aufbaut, als unbrauchbar. Es verbleibt jedoch ihre ideologische Verwendbarkeit zur Verhaltenssteuerung.

3. Der Kampf um eine Neue Gesellschaft vermag, wie das Beispiel der Bundesrepublik zeigt, starke emotionale Kräfte zu aktivieren. Man war der Auffassung, daß es darum ginge, einer „repressiven Ordnung“ den Gehorsam aufzukündigen, den „manifesten Terrorismus der Klassenherrschaft des Spätkapitalismus“ durchbrechen zu sollen, die „zunehmende Irrationalität des Ganzen“ zu dekurvieren und durch die „Durchbrechung der Spielregeln der herrschenden kapitalistischen Ordnung“ zur „manifesten Entlarvung des Systems als ‚Diktatur der Gewalt‘“ zu gelangen. Jene, die sich als die revolutionäre Avantgarde einer neuen Zeit, als Repräsentanten des „fortgeschrittensten Bewußtseins der Menschen“ fühlten, waren der Meinung, daß man den „langen Weg durch die Institutionen“ (Dutschke) nach einem sorgfältigen Studium und einer kritischen Rezeption der Marxschen Theorie und auf der Grundlage der Dialektik als kritischer Methode eingeschlagen habe. Sollten aber nicht Ad-hoc-Theorien und Immunisierungsstrategien für Intellektuelle so leicht durchschaubar sein, daß sie kaum als geistiges Fundament von Massenaktionen, an denen sie sich führend beteiligen, taugen?

In diesem Zusammenhang muß man jedoch die starke motivschaffende Wirkung von Geschichtsphilosophien und Entwicklungsgesetzen beachten. Sie gestatten es, nicht nur den Eindruck zu erwecken, sondern sich auch der Selbsttäuschung hinzugeben, man handele in Übereinstimmung mit objektiven Sachverhalten, einer unabhängigen Geschichtstendenz, die von eigenen Absichten, Aspirationen und Interessen anscheinend völlig unabhängig ist¹⁰⁾. Wie Topitsch bemerkt, gibt die konditionale Vorhersage, „wenn wir die äußersten Anstrengungen machen, dann werden wir siegen“, weniger Zuversicht und innere Sicherheit als die apodiktische „wir werden mit eherner Notwendigkeit siegen“¹¹⁾.

¹⁰⁾ E. Topitsch, *Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft*, Neuwied o. J., 2. Auflage, 1966, S. 176 f. — Derselbe, *Über Leerformeln*, in: *Probleme der Wissenschaftstheorie*, Festschrift für V. Kraft, herg. von E. Topitsch, Wien 1960.

¹¹⁾ Derselbe, *Sozialphilosophie*, a. a. O., S. 178.

Im Rahmen motivationeller Prozesse kommt den **Entwicklungsschemata in der politischen Praxis** gerade jene Eigenschaft zugute, die vom wissenschaftstheoretischen Standpunkt ihre eigentliche Schwäche darstellt, nämlich ihre Unbestimmtheit, Vagheit und Inhaltslosigkeit¹²⁾. Diese gestattet es, sie ebenso in den Dienst von Rechtfertigungsideologien der Herrschenden als auch in den Dienst revolutionärer Bestrebungen zu stellen; so können sich auf die marxistische Variante des Geschichtsgesetzes sowohl die Vertreter der Orthodoxie in östlichen Ländern als auch südamerikanische Revolutionäre berufen. Durch entsprechende Uminterpretationen oder geeignete Auswahl einer inhaltlich möglichst unbestimmten Version kann man sie in jeder Situation verwenden. Man kann auf ihnen Ad-hoc-Erklärungen aufbauen, eine Teilung aller Ereignisse in positive, die vermeintliche Geschichtstendenz verstärkende, und in negative, d. h. zeitweilige Abweichungen, „momentane Unterbrechungen“, „notwendige“ Rückschläge vornehmen, ohne daß man sich zu dem Entschluß durchringen muß, die Ausgangsposition, das Geschichtsgesetz, sei unhaltbar. Bei den Gefährten kann man so das Gefühl vermeiden, ihre Führer seien ratlos, sie handelten womöglich aufgrund eigener Entscheidungen und nicht als Erfüllungsgehilfen historischer Tendenzen¹³⁾. Gerade die marxistische Position eröffnet diese Möglichkeit, denn sie will ja nicht nur Motivationen durchschauen, also Ideologiekritik betreiben, sondern zugleich motivieren, d. h. Ideologie sein¹⁴⁾ oder wie Marx in seiner 11. These gegen Feuerbach zum Ausdruck bringt, nicht nur die Welt interpretieren, sondern sie auch verändern.

Die politisch-ideologische Funktion geschichtsphilosophischer Konzeptionen läßt sich an der Verwendung des Begriffes Spätkapitalismus durch die „Neue Linke“ exemplifizieren¹⁵⁾. „Spätkapitalismus“ ist ja nicht nur ein Begriff zur Kennzeichnung einer historischen Phase im Rahmen eines Entwicklungsschemas,

¹²⁾ Ebenda, S. 293 ff.

¹³⁾ Vgl. ebenda, S. 153 ff.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 153 f. und S. 295 f. — Siehe ferner H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, o. O. (Neuwied), o. J. (1964), S. 30.

¹⁵⁾ Um Mißverständnisse auszuschalten, sei an dieser Stelle ausdrücklich bemerkt, daß sich die Kritik nicht gegen das in der Geschichtswissenschaft angewendete Verfahren der Periodisierung (z. B. Altertum, Mittelalter, Neuzeit) wendet, sondern gegen den Versuch der Hypostasierung oder Personalisierung von methodischen Periodenbegriffen als soziale Wesenheiten mit Eigenleben.

sondern gleichzeitig auch ein Appell, eine bestimmte wertende Einstellung zu übernehmen. Er soll den Adressaten veranlassen, alles zu unterlassen, was den zum Untergang verurteilten und negativ bewerteten Zustand stabilisieren könnte und möglichst Aktivitäten in Richtung auf die Unterstützung der vermeintlich unabhängigen Geschichtstendenz erzeugen. Das Handeln soll so wiederum die Gültigkeit des zuvor postulierten Geschichtsgesetzes beweisen.

Der skizzierten ideologiekritischen Argumentation könnte man H. Marcuses Position entgegenhalten. Nach seiner Auffassung ist es logisch möglich, am Begriff „objektiver historischer Gesetze“ festzuhalten und gleichzeitig den teleologischen Charakter der Geschichtsgesetze, die Vorstellung, daß die Geschichte einen Sinn hat, auf den sie sich zubewegt, zu leugnen. Mit seinen Worten: „Die kritische Theorie der Gesellschaft besitzt keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und seiner Zukunft überbrücken könnten“¹⁶⁾. Der Vorwurf der motivationellen Verwendung geschichtstheoretischer Modelle scheint hier ungerechtfertigt. Tatsächlich trifft dieser Einwand jedoch dann nicht zu, wenn man die von Habermas vertretene Interpretation seiner Ansichten heranzieht. Danach entgeht nämlich H. Marcuse der aus seiner Position folgenden „resignativen Enthaltensamkeit gegenüber der Praxis“ durch seine Theorie des Spätkapitalismus, in dem an die Stelle der revolutionären Klasse der spontane Protest des einzelnen tritt, der sich mit den Entrechteten und Pauperisierten verbündet¹⁷⁾. Damit wird zwar dem aus der Marxschen Geschichtstheorie folgenden Glauben an die historische Aufgabe der Arbeiterschaft eine Absage erteilt, gleichzeitig jedoch einer neuen sozialen Gruppe eine Motivation für ihr Handeln zu schaffen versucht. Nicht die geschichtsphilosophische Theorie der Avantgarde wird aufgegeben, sondern lediglich ihr Subjekt ausgewechselt.

Die Konstruktion von weiteren Theorien des Kapitalismus auf der Basis geschichtstheoretischer Gesetze läßt sich beliebig fortführen und damit — gewollt oder ungewollt — auch ein scheinbar festes Fundament für politisches Handeln liefern. Die faktischen, methodologischen und ideologiekritischen Einwände lassen es jedoch geraten erscheinen, den gesamten Ansatz in Frage zu stellen.

¹⁶⁾ H. Marcuse, a. a. O., S. 268.

¹⁷⁾ J. Habermas (Hg.), Antworten an Herbert Marcuse, o. O., o. J. (Frankfurt a. M. 1968), S. 12 f.

Die These vom repressiven Charakter des „kapitalistischen“ Wirtschafts- und Gesellschaftssystems

Marx' Theorie vom Zerfall des Kapitalismus über eine Kette sich verschärfender ökonomischer Krisen und seinen Umschlag in den Sozialismus hat bekanntlich bei seinen Nachfolgern zu einer Fülle von enttäuschten Erwartungen geführt. Trotz zahlreicher konjunktureller Krisen¹⁸⁾ hat sich die Entwicklung nicht in den von Marx prognostizierten Bahnen vollzogen. Erfolgreiche Revolutionen im Namen des Sozialismus, wie etwa in Rußland, waren nicht die Konsequenz ökonomischer Zusammenbrüche des „kapitalistischen Systems“, sondern Folge äußerer militärischer Auseinandersetzungen und lassen sich, wie die Diskussionen der zwanziger Jahre zeigen, kaum mit dem Marxschen Entwicklungsschema erklären.

Der Nichteintritt der Prognose hat bei marxistischen Ökonomen eine umfangreiche Kontroverse erzeugt über die Frage, ob der „Kapitalismus“ stabilisierungsfähig sei oder nicht. In ihr werden zwei Positionen vertreten: die These von der prinzipiellen Instabilität, die auch heute noch von orthodoxen Richtungen verfochten wird, und die entgegengesetzte Behauptung, die bereits in den zwanziger Jahren von Varga vertreten wurde. Während die erstere Richtung permanent nach Erklärungen für das Weiterbestehen „kapitalistischer“ Wirtschaftsordnungen suchen muß, gibt die letztere einen wesentlichen Bestandteil des Marxschen Argumentes auf.

In der „Neuen Linken“ ist diese Diskussion wieder virulent. Es läßt sich jedoch eine Akzentverschiebung in der Argumentation feststellen. Während Marx den Zerfall mit naturgesetzlicher Notwendigkeit behauptet¹⁹⁾, wird jetzt, anscheinend unter dem Eindruck des trotz konjunktureller Rückschläge säkula-

ren wirtschaftlichen Wachstums, eine andere Position bezogen: „Kapitalistische“ Volkswirtschaften lassen sich zwar stabilisieren durch Rüstungsausgaben, verschwenderische Produktion (Werbung, Weltraumforschung, Entwicklungshilfe), wirtschaftspolitische Maßnahmen oder Beschleunigung des technischen Fortschritts; die „kapitalistische“ Ordnung als solche ist jedoch moralisch zu verurteilen, weil sie repressiv ist. Anders als bei Marx, der die Auffassung vertrat, daß das kapitalistische System sich selbst widerspreche und zerstöre und selbst die Kräfte freisetze, welche die nächste historische Periode, den Sozialismus, hervorbringen, wird hier das politische Postulat aufgestellt, daß dieses System abgeschafft werden muß, auch dann, wenn einer seiner Hauptmängel, die ökonomische Instabilität, beseitigt werden kann.

Diese Position ist vom Standpunkt einer rationalen Politik nur verständlich, wenn man die Meinung vertritt, daß alle Mittel der Stabilisierung moralisch verwerflich sind. Ist das nicht der Fall und existieren moralisch zulässige Mittel (etwa Arbeitslosenversicherung, konjunkturpolitische Programme), so ist nicht einzusehen, warum bestimmte Institutionen, die eine erfolgreiche Lösung sozialer Probleme zulassen, zerstört werden sollen. Es bedarf daher einer genaueren Analyse des Repressionsargumentes, wobei sich zeigen wird, daß es zweideutig ist. Eine Version weist eine große Ähnlichkeit zur Verschwörungstheorie der Gesellschaft auf, die andere hat Strukturähnlichkeiten mit der Wissenssoziologie Mannheimer Prägung.

Die verschwörungstheoretische Variante findet sich in Marcuses Lehre von den neuen Formen der Kontrolle in der Gesellschaft, die sich nicht länger auf physischen Zwang gründen, sondern Folge einer quasi freiwilligen Koordinierung im Rahmen einer „nicht-terroristischen ökonomisch-technischen Gleichschaltung (sind), die sich in der Manipulation von Bedürfnissen durch althergebrachte Interessen geltend macht“²⁰⁾.

Die neuen Kontrollmöglichkeiten seien aber in ihrem „wahren“ Charakter ebenso totalitär wie die alten und würden im Interesse der

¹⁸⁾ In den Vereinigten Staaten von Amerika z. B., wo die Konjunkturforschung am weitesten ausgebaut ist, zählt man in den letzten hundert Jahren sechs schwere Depressionen und siebzehn leichte Rezessionen. Bezogen auf den gesamten Zeitraum in der „fortgeschrittensten Volkswirtschaft“ aber ist das Sozialprodukt mit jahresdurchschnittlich drei Prozent gewachsen.

¹⁹⁾ In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß Dutschkes Behauptung, die Annahme „zeitlos gültiger Gesetze der menschlichen Gesellschaft“ sei vulgär-marxistisch, kaum mit Marx' Auffassung kompatibel ist. Sie führt — marxistisch gesprochen — zu einem unmarxistischen Voluntarismus. (Siehe a. a. O., S. 43 f. und 40.)

²⁰⁾ Marcuse, Der eindimensionale Mensch, a. a. O., S. 23.

jeweils Herrschenden ausgeübt. Als Begründung wird angeführt, die menschlichen Bedürfnisse seien nicht autonom, sondern „sozial präformiert“ in dem Sinne, daß sie gesellschaftlichen Institutionen ausgeliefert sind und damit denjenigen, die diese kontrollieren. Dieses Repressionsmodell setzt also voraus, daß es eine genau bestimmbare Schicht oder Gruppe gibt, in deren Interesse die Manipulation ausgeübt wird. Die Herrschenden müssen ferner über die notwendigen Machtmittel verfügen, um ihren Willen erfolgreich durchzusetzen und sich den Rest der Gesellschaft unterwerfen zu können. In einem Zwei-Klassenmodell sind Träger und Mittel der Manipulation schnell zu finden. Es sind die Besitzer der Produktionsmittel und die vielfältigen Formen der Reklame.

Diese Deutung des Repressionsargumentes steht jedoch im Widerstreit mit seiner zweiten Variante. Danach ist die Manipulation nicht das Ergebnis bewußter Handlungen der Herrschenden, sondern Ausfluß der technisch-wissenschaftlichen Organisation von Produktionsprozessen in der fortgeschrittenen industriellen Zivilisation. In dieser soll sich in Form einer „Komplicenschaft“ zwischen den ehemals antagonistischen Klassen eine weitgehende Integration vollzogen haben, die von dem gemeinsamen Interesse an der Erhaltung des Produktionsapparates getragen wird. „Ein sich über alles hinwegsetzendes Interesse an der Erhaltung und Verbesserung des institutionellen Status quo vereinigt die früheren Antagonisten in den fortgeschrittensten Bereichen der Gesellschaft“²¹⁾. Der Produktionsapparat aber soll, wie bei Marx, eine Eigendynamik entwickeln, die vom Willen der Menschen unabhängig ist; denn „der Apparat erlegt der Arbeitszeit und der Freizeit, der materiellen und der geistigen Kultur, die ökonomischen wie politischen Erfordernisse seiner Verteidigung und Expansion auf“²²⁾. Er verselbständigt sich und tendiert dazu, „in dem Maße totalitär zu werden, wie er nicht nur die gesellschaftlich notwendigen Betätigungen, Fertigkeiten und Haltungen bestimmt, sondern auch die individuellen Bedürfnisse und Wünsche“²³⁾. Repression und Manipulation sind somit nicht mehr Handlungen im Dienste der Herrschenden, sie werden vielmehr total, niemand kann sich ihnen entziehen. Sie umfassen alle Lebensbereiche, die Politik, die Sprache,

die Kommunikationsmittel, die Logik, das Denken, die Philosophie und die empirischen Wissenschaften. Die Manipulation soll schließlich so perfekt sein, daß sie den Individuen als „Objekten totaler Verwaltung“ nicht einmal bewußt wird.

Die Frage, ob beide Versionen des Repressionsargumentes miteinander kompatibel sind oder nicht, ist für die weitere Diskussion von geringerer Bedeutung. Wichtiger ist vielmehr, ob die eine oder die andere oder keine Variante einer Prüfung standhält.

Analysiert man die verschwörungstheoretische Fassung, so läßt sich anmerken, daß sie im Grund an das Marxsche Klassenkampfmodell in seiner Leninschen Abwandlung anknüpft. Lenin behauptet ja in seiner Bestechungstheorie der Arbeiterschaft, daß die Nichterfüllung der Marxschen Prognosen damit zu erklären sei, daß sich eine Spaltung der Arbeiterklasse in ein „eigentliches Proletariat“ und ein „verbürgerlichtes Proletariat“ mittels einer bewußten Korruption der Arbeiterklasse seitens der Kapitalisten vollzogen habe²⁴⁾. In der Marcuseschen Version der Theorie wird diese Bestechung offenbar raffinierter, gründlicher und erfolgreicher durchgeführt, auch die „eigentliche proletarische Unterschicht“ fällt ihr zum Opfer. Aber ist diese Analyse wirklich zutreffend? Erfüllen „Wahlen“ und „Märkte“, die ja als nichtautoritäre Koordinationsmechanismen für politische und ökonomische Entscheidungen entworfen sind²⁵⁾, so wenig ihre selbstgesetzten Ziele?

Diese Fragen lassen sich natürlich nicht ohne Prüfung der realen Sachverhalte entscheiden. Immerhin läßt sich anführen, daß „Märkte“ und „Wahlen“ von ihrer Konstruktionsidee her gesehen gegen die Durchsetzung einseitiger Herrschaftsinteressen gerichtet sind. Der Wettbewerb der Parteien und Produzenten um die Wähler- und „Geld“-Stimmen wird ja in der Absicht veranstaltet, eine erhebliche Immunisierung gegen einseitige Beeinflussung zu erzeugen. Man ist der Meinung, daß es um so schwerer wird, Konsumenten und Wähler zur Realisierung eines gewünschten Verhal-

²⁴⁾ W. J. Lenin, *Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus*, Bd. IX, Hamburg 1921, S. 103.

²⁵⁾ Zu dieser Interpretation siehe J. W. N. Watkins, *Epistemology and Politics*, in: *Proceedings of the Aristotelian Society*, 1957/58, S. 79 ff. — A. Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968.

²¹⁾ Ebenda, S. 15.

²²⁾ Ebenda, S. 23.

²³⁾ Ebenda, S. 17 f.

tens zu bewegen, je intensiver der Wettbewerb und je größer die Zahl der politischen und ökonomischen Wahlmöglichkeiten ist. Man behauptet daher auch, daß es — im Gegensatz zu totalitären Gesellschaften, welche die Konkurrenz der Meinungen, Ideen, Parteien und meist auch der Güter nicht zulassen — in dezentral organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen nicht zur Dominanz einer Gruppe oder Klasse über alle übrigen kommt, solange die Spielregeln eingehalten werden.

Aber alle diese Annahmen könnten trügen, die Fakten ihnen widersprechen. Wenn es gelänge, diesen Nachweis vom Standpunkt der Repressionstheorie zu führen, so wäre damit ohne Zweifel ein großer wissenschaftlicher Fortschritt erzielt. Dieser Konfrontation, die, sofern sie mißlingt, Argumente gegen das Repressionsmodell liefern würde, weicht man jedoch dadurch aus, daß man die zweite Version ins Spiel bringt, die Behauptung, daß die Repression total sei, also von Zweiflern möglicherweise nicht einmal erkannt werden kann ²⁶⁾.

Dieses Argument weist eine große Strukturähnlichkeit zu den Auffassungen jener Wissenssoziologen auf, die sich als zeitgenössische Variante des Solipsismus der Vorstellung einer Totalideologie bedienen. Es führt seine Verfechter aber in eine Schwierigkeit hinein, denn sie müssen darlegen, wie denn überhaupt Repression erkannt werden (bzw. wie man sich vom totalen Ideologieverdacht befreien) kann. Die hier vorgeschlagenen Lösungen weisen eine bei näherem Hinsehen kaum überraschende Verwandtschaft auf. In beiden Fällen gelangt man zu einer Elitetheorie der Wahrheit. Danach gibt es eine soziale Gruppe, die aufgrund besonderer Voraussetzungen in der Lage ist, sich aus den Verstrickungen der Ideologie bzw. der Repression zu lösen. In der Wissenssoziologie von K. Mannheim ist es eine freischwebende Intelligenzschicht, die nur lose mit den sozialen Traditionen verankert ist und die dadurch die Fähigkeit gewinnt, die geheimen Beweggründe der übrigen Total-

ideologien zu durchschauen und zu entlarven ²⁷⁾. Im Repressionsmodell der Gesellschaft wird die gleiche Rolle entweder von einigen wenigen wahrgenommen, die die Barriere des „eindimensionalen Denkens“ durchbrechen, oder von jenen Gruppen, die in der „gesamsgesellschaftlichen Reproduktion soziologisch eine Zwischenlage“ ²⁸⁾ einnehmen und über eine „temporäre Subversivstellung“ verfügen — d. h. der linken Intelligenz oder einigen ihrer Untergruppen. Ihren Angehörigen ist ein „intellektuelles Durchschauen der gesellschaftlichen Mechanismen der Herrschaft“ und damit die Befreiung aus der „organisierten Repression“ nicht zuletzt durch fortwährende Selbstkritik möglich.

Diese Position liefert eine bequeme Basis, andere Auffassungen zu „durchleuchten“ oder abzuqualifizieren, vermittelt sie doch den Angehörigen der jeweiligen wahrheitsfähigen Eliten das angenehme Gefühl, die aufgeblasenen „Charaktermasken“ in Politik und Wirtschaft zu durchschauen, die wahren Beweggründe ihres Handelns zu erkennen und den Unwissenden das richtige Bewußtsein zu vermitteln ²⁹⁾. Tatsächlich jedoch zerstört sie die rationale Basis der Diskussion genauso wie die Wissenssoziologie von Mannheim und führt wie jene zum Irrationalismus ³⁰⁾.

Die Vorstellung, daß nur die Träger des „fortgeschrittensten Bewußtseins“ in der Lage sind, die Repression und Manipulation zu durchschauen, enthält einen unbedingten Wahrheitsanspruch im Hinblick auf die von jenen formulierten Aussagen. Gleichzeitig impliziert sie eine radikale Ablehnung aller kritischen Einwände, sofern sie von Andersdenken, „Rechten“, „Konservativen“ oder „Reaktionären“, kommen.

Die Wahrheit einer Aussage, Behauptung oder Theorie aber kann niemals damit begründet werden, daß sie auf den Auffassungen einer Gruppe oder Gemeinschaft beruht, sondern nur dadurch, daß sie dem Prozeß der kritischen Prüfung ausgesetzt wird, in dem alle rationalen Argumente zugelassen sind. Weder der

²⁶⁾ Anmerkung des Herausgebers (Erwin K. Scheuch): Mit der Vorstellung der Totalität der Manipulation ist schlecht vereinbar, daß die Differenzierung von Meinungen und Verhaltensweisen der Industriegesellschaften so groß ist, daß studentische Anarchisten und Gesellschaftstheologen wie Adorno möglich sind. Die Lehre von der totalen Vermittlung bzw. Manipulation hat allerdings für ihre Vertreter die Funktion, ihre eigene Belanglosigkeit für die Struktur der Gesellschaft wegzuerklären.

²⁷⁾ Vgl. Popper, Die offene Gesellschaft, Bd. II, a. a. O., S. 262.

²⁸⁾ Dutschke, a. a. O., S. 86, 81.

²⁹⁾ Vgl. hierzu Popper, Die offene Gesellschaft, a. a. O., S. 264 f., und J. A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl. München 1950, S. 84 f.

³⁰⁾ Hierzu und zu den folgenden Argumenten siehe Popper, Die offene Gesellschaft, a. a. O., S. 264 ff., S. 270.

soziale Standort noch die Herkunft, weder die soziale Zugehörigkeit noch die intellektuelle Position aber sind ein Argument für oder gegen eine Ansicht, die im Prozeß der kritischen Erörterungen vorgebracht wird. Es zählt nur die Qualität eines Argumentes, gemessen an den kritischen Standards der Wissenschaft, d. h. vor allem der logischen Konsistenz und der Vereinbarkeit mit den Fakten.

Das Repressionsargument in seiner obigen Form aber erfüllt diese Ansprüche nicht. Die ihm zugrunde liegende Elitetheorie der Wahrheit ist eher der späte Nachfahre einer schon vielfach kritisierten erkenntnistheoretischen Auffassung, der sogenannten Manifestationstheorie der Wahrheit³¹⁾, nach der die Dignität der Autorität, von der eine bestimmte Aussage abgeleitet wird, die Wahrheit garantiert. Die Rolle der obersten Instanzen können nicht nur Offenbarungen, Erleuchtungen oder höheres Bewußtsein einnehmen, sondern ebenso

Die radikale Alternative

Wenn man unter rationaler Politik die Entwicklung von Problemlösungen für die Beseitigung von sozialen Mißständen versteht, dann besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Auseinandersetzung mit einer Position in der kritischen Prüfung der vorgeschlagenen Alternative. Postuliert man eine „qualitative Änderung“, so bedarf ihre Realisierung zweier Schritte, die Organisation der Phase des Übergangs und die Gestaltung der Neuen Ordnung.

Die Erörterungen über den ersten Schritt finden ihren Niederschlag in den Diskussionen über die Methoden des revolutionären Wandels der Gesellschaft, in den kulturrevolutionären Programmen mit ihrer Forderung zur Erziehung des „neuen Menschen“ und der Aufforderung, sich quasi in einem Akt der Selbstreinigung von der „eigenen autoritären Charakterstruktur“ zu befreien, ferner in den Diskussionen über die Rolle der Gewaltanwendung und die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins und schließlich in der Frage nach den Trägern der sozialen Umwandlung. Das dialektische Denken, die Marcusesche Idee

³¹⁾ Siehe hierzu K. R. Popper, *Conjectures and Refutations*, London o. J. (1963), S. 5 ff., 15 ff. — H. Albert, *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Neuwied o. J. (1967), S. 69 und 220 sowie die dort angegebene Literatur.

die intellektuelle Einsicht (Rationalismus) oder die Erfahrung (naiver Empirismus) — oder, wie man anfügen kann, eine Gruppe, eine Klasse, eine Partei, eine Rasse oder gar ein Rat von Weisen. Die Wahrheit einer Aussage aber ist niemals dadurch zu erhärten, daß man sie auf letzte Autoritäten stützt, sondern nur dadurch, daß sie der Kritik vorläufig erfolgreich widerstanden hat.

Die Verwandtschaft des Repressionsmodells zur Mannheimschen Wissenssoziologie und zur Manifestationstheorie macht es kaum noch verwunderlich, daß auch weitere methodische Konsequenzen dieser Denkansätze in Verbindung mit ihm auftreten: die Intoleranz gegenüber anderen Auffassungen, die radikale Verurteilung abweichender Standpunkte und die Diffamierung von Opponenten — Konsequenzen, für die dogmatisches Denken, auch wenn es sich selbst antiautoritär versteht, anfällig ist.

von der Macht der Negation, führt hier manchmal zu rational nicht mehr nachvollziehbaren Vorstellungen³²⁾.

Ziel des ersten Schrittes muß es sein, die politische Macht zu erlangen, Beamtschaft und Militär als „unproduktive und parasitäre Gruppen“ in der revolutionären Umwälzung als „Gewaltorganisationen der herrschenden Klasse“ schnell aufzulösen und zu zerschlagen³³⁾ und Sicherungen gegen eine „kapitalistische Konterrevolution“ zu ergreifen.

³²⁾ So fordert z. B. B. Nirumand (Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf. Kursbuch Nr. 13, hrsg. von H. M. Enzensberger, Juni 1968, S. 13): „Wir müssen Gegen-Institutionen schaffen und einen Anfang machen mit der freien Selbstorganisation. Wir brauchen Gegen-Universitäten, um den Prozeß der permanenten Revolutionierung des Bewußtseins in Gang zu bringen, wir brauchen Gegen-Kindergärten und Gegen-Schulen, die unsere Kinder davor bewahren, zerrissen zu werden in einer in sich selbst zerrissenen Gesellschaft, wir müssen uns zusammenschließen in Wohngemeinschaften und modellhaft eine Gegen-Gesellschaft entwickeln, in deren Grundlinien sich die freie Gesellschaft, die unser Ziel ist, bereits abzeichnet. Wir müssen eine Gegen-Öffentlichkeit herstellen, um unsere Ziele wirksam zu erläutern und diskutieren zu können, und dazu brauchen wir Gegen-Sender und Gegen-Zeitungen.“

³³⁾ Dutschke, a. a. O., S. 53.

Auf dieser Basis ist dann die Neue Ordnung zu realisieren, sind die Bedingungen festzulegen, nach denen politische und ökonomische Prozesse ablaufen sollen. Damit erlangt die Frage nach den Methoden, mit denen diese Probleme gelöst werden sollen, entscheidende Bedeutung. Die Antworten schwanken zwischen Agnostizismus und Utopismus und verfehlen die eigentliche Aufgabe. So wird die Schaffung einer „sozialistischen Welt, ohne Ausbeutung des Menschen und ohne Krieg“, und die Herstellung von Verhältnissen, unter denen „die Menschen ein schöpferisches Leben ohne . . . repressive Arbeit“³⁴⁾ führen können oder ein „befriedetes Dasein“, in dem die „freie Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen“ gewährleistet ist³⁵⁾, gefordert. Diese Postulate, von denen man sagen kann, daß sie die meisten Menschen ohne Einschränkung akzeptieren, sind inhaltsleer, solange man nicht angibt, mit welchen Mitteln man die Freiheit der Menschen sichern, wie man sie gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Hunger schützen, wie man die „Befriedung des Daseins“ garantieren, wie man gegensätzlichen Interessen und politischen Haltungen, die voraussichtlich jede gesellschaftliche Organisationsform hervorbringt, Rechnung tragen will. Eine soziale Revolution ist keine Garantie für die Herstellung des ersehnten Zustandes; ebensowenig schützt der gute Wille der Revolutionäre davor, daß die Ergebnisse ihres Handelns neue Unterdrückung, neue Kriege und neues menschliches Elend sind³⁶⁾.

Man kann der für eine rationale Politik fundamentalen Frage nach der institutionellen Kontrolle der Macht³⁷⁾ ausweichen, indem man vorgibt, daß nur im „praktischen Kampf,

in der ständigen Vermittlung von Reflexion und Aktion, von Praxis und Theorie“³⁸⁾, von der „revolutionären Wissenschaft“ eine Konzeption erarbeitet werden kann. Diese Position übersieht bei aller scheinbaren Bereitschaft, aus der unmittelbaren Erfahrung zu lernen, daß eine rationale Befassung mit der Politik nicht von einem Tabula-rasa-Standpunkt ausgehen kann. Die Konstruktion neuer institutioneller Lösungen zur Verbesserung der Bedingungen des menschlichen Lebens verlangt nicht nur die genaue Analyse des Problems, sondern setzt auch die Kenntnis der propagierten und bereits praktizierten Problemlösungen und die Kenntnis der Bedingungen ihres Funktionierens oder Scheiterns voraus. Erst auf diesem Hintergrund lassen sich rationale Vorschläge entwickeln, die keine alten Fehler wiederholen und der vorliegenden Erfahrung Rechnung tragen. Angesichts ihrer existentiellen Bedeutung für die Betroffenen aber müssen sie — und das ist eine weitere Bedingung einer wissenschaftlichen Einstellung zur Politik — der Kritik, der Diskussion und Revision unterworfen werden. Der kompromißlose Radikalismus, die totale Ablehnung des Bestehenden, und das Ausweichen vor der Frage, wie Verbesserungen in einer konkreten historischen Situation unter Beachtung der bekannten sozialen Gesetzmäßigkeiten erzielt werden können, sind daher kein Weg, um soziale Fortschritte zu erzielen³⁹⁾.

Diese Einwände gelten im Grundsatz nicht hinsichtlich jener Versuche, die eine Skizze wenigstens einiger Institutionen der „befriedeten Gesellschaft“ bieten. So schlägt H. Marcuse zwar dialektisch-widersprüchlich — („die dialektische Theorie . . . kann kein Heilmittel bieten, [sie] kann nicht positiv sein“)⁴⁰⁾ — und mit mannigfachen Kautelen versehen für das „befriedete Dasein“ u. a. vor

- die zentralisierte Kontrolle von Produktion und Verteilung⁴¹⁾,
- die „erzieherische Diktatur“ für Entwicklungsländer⁴²⁾ und
- die „Neubestimmung der Bedürfnisse“⁴³⁾.

³⁴⁾ Dutschke, a. a. O., S. 42 u. 85.

³⁵⁾ Marcuse, a. a. O., S. 232.

³⁶⁾ Die Position der „Neuen Linken“ und ihrer alten Mentoren (wie z. B. Sartre) unterscheidet sich hier nicht vom älteren Positivismus Comtes, der der Ansicht ist, daß schon die Zerstörung eines bestehenden Systems ein politischer Fortschritt sei. Allerdings erkennt er gleichzeitig ein wesentliches Problem, das die „Neue Linke“ völlig vernachlässigt, daß nämlich die begrenzte Tragweite unseres empirischen Wissens es nicht gestattet, Prognosen über die Folgen einer totalen Revolution zu machen (Vgl. A. Comte, Die positive Philosophie, Bd. 2, Heidelberg 1884, S. 9).

³⁷⁾ Siehe hierzu besonders K. R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 1, Bern 1957, Kap. 9 und 10. — Derselbe, Prognose und Prophezie in den Sozialwissenschaften, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin o. J. (1965), S. 122 f.

³⁸⁾ Dutschke, a. a. O., S. 91.

³⁹⁾ Siehe hierzu auch L. Kolakowski, Die Intellektuellen und die kommunistische Bewegung, a. a. O., insb. S. 42 f.

⁴⁰⁾ Marcuse, Der eindimensionale Mensch, a. a. O., S. 263.

⁴¹⁾ Ebenda, S. 59 f. und S. 262.

⁴²⁾ Ebenda, S. 60.

⁴³⁾ Ebenda, S. 256.

Diese Vorschläge muten angesichts des radikalen Charakters der zugrunde liegenden Position dürftig an. Sie geben gleichzeitig einen Hinweis darauf, daß es so etwas wie eine „qualitative Änderung“ der Gesellschaft als Ganzes, in der alles anders gemacht wird, nicht gibt. Es kann sich in Wahrheit stets nur um die Änderung einiger Institutionen, nicht aber um eine totale Neuschöpfung handeln. Darüber hinaus zeigt der obige Katalog, daß die gewollte radikale Umformung der Gesellschaft sich als Rückgriff auf Maßnahmen und Institutionen entlarvt, die vom Standpunkt der Humanisierung des menschlichen Lebens höchst problematisch erscheinen und die man angesichts der vorliegenden Erfahrungen kaum als ingenieure Erfindungen bezeichnen kann. Einige Bemerkungen mögen das verdeutlichen.

So bedeutet eine zentralisierte Wirtschaftsplanung nicht nur eine direkte Kontrolle der produzierten und konsumierten Mengen und eine Einschränkung der freien Konsumwahl — ein anonymes Beamten kann z. B. darüber entscheiden, ob und für was der einzelne Devisen ausgeben darf, wohin er reist, wo er sich aufhält —, sondern sie birgt die Gefahr, darüber hinaus auch zur zwangsweisen Einweisung in Berufe und Tätigkeiten zu führen. Ferner erzeugen Systeme direkter quantitativer Kontrolle durchweg Cliquenwirtschaft und Korruption, da sie das Entstehen sogenannter schwarzer und grauer Märkte fördern. Bei der dann meist unvermeidbaren Zuteilung von Bezugsscheinen und Lizenzen an einen Teil der Nachfrager legen sie ferner in die Hand weniger Personen außerordentliche Ermessensentscheide und begünstigen so das Entstehen neuer Abhängigkeitsverhältnisse. Die wirtschaftlichen Reformversuche in einigen Ostblockländern, die jetzt Gefahr laufen, als konterrevolutionär verurteilt zu werden, sind nicht zuletzt aus der Kritik an den Formen der sozialen Abhängigkeit, welche die zentrale Planung bedingt, erwachsen. Wie aber soll, wenn derartige Konsequenzen möglich sind, dann die „wahrhafte Selbstbestimmung der Individuen“ gesichert werden? Der Vorschlag einer „Kontrolle von unten“^{43a)}, der sich in einer konkreteren Fassung als Einführung eines Räte-Systems, in dem Betriebe und Organisationen durch Plenardiskussionen gelenkt werden, verstehen läßt, vermag vorerst kaum zu überzeugen. Er bedarf zunächst einer kritischen theoretischen Analyse, wenn man

nicht dem verhängnisvollen idealistischen Glauben zum Opfer fallen will, daß soziale Institutionen stets so funktionieren, wie sie entworfen werden⁴⁴⁾.

Die gleichen Bedenken gelten in verstärktem Maß für die Erziehungsdiktatur, jene schon von den totalitären Gesellschaftstheoretikern des Altertums vorgeschlagene Herrschaftsform. Wie soll hier institutionell gesichert werden, daß die Erzieher die Sklaven wirklich „befähigen zu lernen, zu sehen und zu denken“? Die von H. Marcuse vorgetragene „einzige mögliche Entschuldigung (sie ist schwach genug!), ... daß das schreckliche Risiko, das sie einschließt, nicht schrecklicher als dasjenige sein kann, das die großen liberalen wie autoritären Gesellschaften jetzt eingehen...“⁴⁵⁾, vermag — abgesehen von der in ihr enthaltenen Verteilung der Wertgewichte — denjenigen nicht zu überzeugen, der Marcuses Analyse nichtautoritärer Koordinationsmechanismen für unzutreffend hält. Sein Versuch, den Einsatz eines Mittels zu empfehlen, das auch von ihm selbst als höchst problematisch angesehen wird, zerstört ferner den aktivistischen Ansatz seiner Theorie des Spätkapitalismus, da aus dem Argument der fatalistische Schluß folgt, daß unter den Bedingungen der ökonomischen Unterentwicklung selbst bei „qualitativer Änderung“ soziale Verbesserungen möglicherweise ausgeschlossen sind.

Die „Neubestimmung der Bedürfnisse“ schließlich, dargestellt am Beispiel der abrupten Abschaffung „aller Reklame und aller schulenden

⁴⁴⁾ Eine solche Analyse müßte der Frage der institutionellen Realisierung sowie den potentiellen Herrschaftsstrukturen und Konfliktsituationen besondere Aufmerksamkeit widmen. Es dürfte sich in diesem Zusammenhang empfehlen, von der sogenannten Autonomie- oder Erhaltungshypothese auszugehen, nach der in sozialen Gebilden stets Tendenzen in Richtung auf die Erhaltung, Festigung und Verbesserung der einmal eingenommenen Position wirksam sind. Bezogen auf die Delegierten einer Räteversammlung würde daraus folgen, daß sie um die Erhaltung ihrer Position kämpfen und Versuchen zur Ablösung Widerstand leisten würden. — Weiterhin müßte man untersuchen, nach welchen Regeln Konflikte aller Art innerhalb der Wählerschaft ausgetragen werden sollen und welche unbeabsichtigten, aber eventuell unvermeidbaren Nebenwirkungen entstehen können. — Schließlich müßte auch die Leistungsfähigkeit dieses Entscheidungsmechanismus im Vergleich zu anderen Gegenstand kritischer Analysen sein, wobei verschiedene Maßstäbe wie Gerechtigkeit, Effizienz, Stabilität zugrunde gelegt werden können.

⁴⁵⁾ H. Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, a. a. O., S. 61 (Der Klammerausdruck ist im Original enthalten).

^{43a)} Ebenda, S. 263

Informations- und Unterhaltungsmedien" würde, wenn sie realisierbar wäre, sicher, wie Marcuse⁴⁶⁾ richtig vermutet, zum Zerfall eines dezentralisierten Wirtschaftssystems über plötzlich einsetzende Massenarbeitslosigkeit, Einkommensausfälle und Produktionsschrumpfung führen. Die Frage ist nur, was kommt danach? Der Rückzug ins „einfache Leben“ oder der Sprung „ins Reich der sozialistischen Armut“, der in den vierziger Jahren angeblich den chinesischen Massen geglückt ist, die so zur „wirklichen Bedürfnisbefriedigung“ fanden⁴⁷⁾? Jedoch, führte dieser Sprung nicht in Wahrheit zu Hunger, Elend, Massen-

armut, blutiger Kulturrevolution und Verfolgung aller Andersdenkenden, aller Kritiker als Konterrevolutionäre, die man, wenn man sie nicht „bekehren“ konnte, in grausamer Konsequenz des utopischen Programms liquidierte?

Die von der „Neuen Linken“ vorgeschlagenen Maßnahmen können nicht als rationaler Versuch zur Verbesserung sozialer und ökonomischer Bedingungen angesehen werden. Die „qualitative Änderung“, die soziale Revolutionierung bietet keine Gewähr, die selbstgegläubten humanitären Ziele zu erreichen. Die Vorschläge verfehlen ihr eigentliches Problem: die Suche nach sozialen Mechanismen, die eine nichtautoritäre Koordination der Wünsche, Bedürfnisse und Entscheidungen von Individuen möglich machen.

⁴⁶⁾ Ebenda, S. 256 f.

⁴⁷⁾ So Dutschke, a. a. O., S. 60.

Demokratie und Demokratismus

Wenn auch die Studentenunruhen Hintergrund unserer Überlegungen sind, so spielen die Studenten dennoch eine sekundäre Rolle. Es geht primär um die Frage: Welche Demokratievorstellungen sind es, mit denen wir uns auf Seiten der „Neuen Linken“ auseinandersetzen haben? Dies ist also keine allgemeine Analyse der Studentenunruhen und erst recht nicht der Probleme unserer Hochschulen.

I.

Man kann, wenn man von der Herausforderung der Demokratie durch diese Unruhen und Proteste spricht, die Herausforderung in dreierlei Gestalt formulieren:

1. Es handelt sich einmal um Herausforderung im Sinne eines direkten Angriffs, eines Angriffs auf die parlamentarische Demokratie, wie sie in unserer Verfassung grundgelegt ist. Hier hat die Herausforderung also zum Ziel die Zerstörung der Demokratie als eines Systems von Regeln für das Zusammenleben von Verschiedenen. Dieser Herausforderung gegenüber dürfte es vermutlich nichts anderes geben als die klare Verteidigung der parlamentarischen Demokratie.

2. Die zweite Form, mit der wir uns eher auseinandersetzen müssen, ist die Herausforderung als partielle Kritik, über deren Berechtigung diskutiert werden kann und diskutiert werden muß. Es handelt sich um das Offenbarwerden von Schwächen, von Versäumnissen, von Fehlentwicklungen und vor allen Dingen um Leistungsschwächen des Systems. Hier liegt eine der wesentlichen Wurzeln der Unruhen, insoweit die Bewegung aus dem Bereich der Bildungspolitik kommt bzw. in ihm ihren Anlaß hat.

3. Die dritte Form der Herausforderung wird weniger diskutiert. Es geht nicht nur um die Demokratie als ein politisches System, sondern generell um die Frage des Gesellschaftsbildes. Ich sehe im Zentrum dieser Unruhen einen Angriff auf die freiheitliche Gesellschaft überhaupt. Natürlich ist damit das Problem der politischen Demokratie verschränkt; beide Probleme sind aber nicht identisch.

Zu diesen drei Formen einige Bemerkungen:

ad 1. Es gibt Beweise und Belege genug für diese von mir als Angriff bezeichneten Bestrebungen gegenüber der parlamentarischen Demokratie. Ich mache nur auf die ständig wiederholte These des SDS aufmerksam, daß es nicht auf Spielregeln ankomme, sondern auf die Substanz dessen, was gewollt ist. Da das Geforderte gut ist, spielen „formale“ Spielregeln keine Rolle. Argumente, die aus der Theorie des Rechtsstaates etwa kommen, werden bekanntlich als formal und inhaltlos abgetan. Ich glaube, daß diese These von der Irrelevanz der Spielregeln in ihrer Sprengkraft noch ungenügend in das allgemeine Bewußtsein getreten ist. Sie scheint im Gegenteil bei vielen Leuten, vor allem bei studentischen Mitläufern, den Schein der größeren Moralität für sich zu haben. Da das Gute gewollt ist, kann dieses Gute und sein Fortschritt nicht gebremst werden durch irgendwelche Formalien. Natürlich impliziert diese These einen Absolutheitsanspruch, einen Gewißheitsanspruch, das Wissen dessen, was das Richtige und das Gute ist. Dies ist aber ein Anspruch, mit dem freiheitliche Demokratie in keinem Falle funktionieren kann. Freiheitliche Demokratie ist nur möglich, wenn Konkurrenz der Auffassungen möglich ist und wenn verbindliche Spielregeln für die Austragung der Konflikte gelten. Meiner Auffassung nach haben wir in der politischen Bildung die Bedeutung der formalen Seite der Demokratie nicht einsichtig genug gemacht. Es wurde viel eher mit moralischen Kategorien gearbeitet. Statt der Demokratie wurde der Demokrat gezeichnet. Und nun sehen wir uns einem moralischen politischen Rigorismus gegenüber, der schon bei jedem Anschein von Amoralität das System verwirft, der Anforderungen an die Politik stellt, wie sie sonst in keinem Lebensbereich, weder im privaten noch im öffentlichen, gestellt werden.

ad 2. Zweifellos sind Versäumnisse und Fehlentwicklungen festzustellen. Ich glaube allerdings, daß es sich hier nicht so sehr um institutionelle Fragen handelt, sondern vor allem um Stilfragen. Hier haben die zur Schau getragene Selbstsicherheit und eine gewisse Unfähigkeit zum Dialog der in der Politik Agie-

renden zu Friktionen geführt. Auch die Leichtfertigkeit, mit der das gerade für die Demokratie so wichtige Problem der Rekrutierung und Auslese des politischen Personals jahrelang gehandhabt wurde, ist ein solches Verhängnis. Dennoch bin ich immer noch der Meinung, daß unsere Demokratie besser ist als ihr Ruf. Daß aber ihr Schein so negativ ist, das deutet auf eine allgemeine Schwäche hin, die ich mit dem Kommunikationsproblem umschreiben möchte. Die Kommunikation zwischen politischen Institutionen und der Gesellschaft ist unzulänglich. Gerade auch im Hinblick auf die Parteien wäre hier viel zu sagen. Sie sind zu sehr Apparaturen der reinen Selbstbestätigung geworden. Das mag so lange gut gehen, wie der Bürger sich durch diese Formen der Selbstbestätigung der Partei auch wiederum selbst bestätigt fühlt. Aber dazu gehören bestimmte Voraussetzungen der allgemeinen Zufriedenheit. Politik wurde bei uns nicht wirklich diskutiert.

ad 3. Der dritte Aspekt führt in den Kern unserer Überlegungen. Ich sprach von der Herausforderung als einem Angriff auf die freiheitliche Gesellschaft. Es wird das angegriffen, was wir als pluralistische Gesellschaft zu bezeichnen pflegen. Als Reaktion scheint mir — um das gleich vorwegzunehmen — die Forderung wichtig zu sein, daß wir diesen Pluralismus nicht nur dulgend hinnehmen, sondern ihn als einzig mögliche Basis für ein freiheitliches Dasein in unserer modernen Gesellschaft bejahen. Im allgemeinen aber hat man den Eindruck, daß man diesen Pluralismus eher mit Widerwillen erträgt als wirklich gutheißt.

Nun heißt pluralistische Gesellschaft aber nicht nur Vielfalt der Normen und der Wertvorstellungen. Es kommt mir in diesem Zusammenhang auf eine andere Seite der pluralistischen Gesellschaft an. Sie ist umschrieben mit den Begriffen der partiellen sozialen Integration und mit der Rollendifferenzierung. Der Mensch ist heute in seine Gesellschaft nicht mehr auf diese Weise einbezogen, daß gewissermaßen die Gesellschaftsbereiche wie konzentrische Kreise um ihn herum liegen. In diesem früheren System werden die sozialen Bezüge immer über den nächst kleineren Kreis von der Gesellschaft an den einzelnen vermittelt. Das Gegenbild der heutigen Gesellschaft läßt die sozialen Bezugskreise sich im einzelnen selbst überschneiden und überlagern. Der einzelne ist vielen gesellschaftlichen Bezügen gleichzeitig verbunden.

Der Mensch ist heute von keiner sozialen Einheit mehr in seiner Gesamtheit, als ganze Person ergriffen, sondern immer nur partiell. Das ist bekannt, und die Kulturkritiker haben sich mit diesem Phänomen schon ausreichend in negativem Sinne befaßt. Ich erinnere nur an die Stichworte: Gefährdung der Persönlichkeit, Zerfall der Person, der angepaßte Mensch. Ich stimme diesen ausschließlich negativen Bestimmungen nicht zu. Und ich glaube auch nicht, daß die Nichtangepaßtheit als Gegenbild früherer Gesellschaften überhaupt zutrifft. Wahrscheinlich war der Mensch früher sogar stärker „außengelenkt“ als heute (um eine von D. Riesman geprägte und hierzulande populär gewordene Dichotomie zu benutzen). Der Mensch in der heutigen Gesellschaft kann an einem einzigen Tag mehrere soziale Bezugsgruppen durchlaufen. Jede von ihnen kann mit verschiedenen Verhaltenserwartungen an ihn herantreten. Das moderne Anpassungsphänomen liegt nun darin, daß er diese sozialen Gruppen durchlaufen kann, ohne mit ihnen in Konflikt zu geraten, obwohl sie vielleicht sogar entgegengesetzte Verhaltenserwartungen an ihn heranbringen. Hierin liegt zweifellos so etwas wie Gefährdung; man kann jedoch in diesem elastischen System der sozialen Bezüge auch ein großes Stück dessen sehen, was man die Möglichkeit von Freiheit in einer hochdifferenzierten Gesellschaft nennen kann. Wir haben es nicht mehr mit einem hierarchischen System sozialer Bezugsgruppen mit vorgegebenen Prioritäten zu tun. Man kann gar nicht mehr generell sagen, diese oder jene Gruppe hat unbedingt und auf jeden Fall den Vorrang. Vielmehr wechseln die Prioritäten je nach Situation und Aspekt.

Damit verbunden ist die Differenzierung der Rollen, die der Mensch in der Gesellschaft spielt. Im Protest haben wir nun unter anderem auch eine Reaktion auf dieses System der sich überschneidenden und elastischen, nicht mehr im Schema festhaltbaren sozialen Bezüge. Diese Reaktion der „Neuen Linken“ möchte ich als „neuen Integralismus“ bezeichnen. Und zwar handelt es sich vor allem um einen Integralismus vom Politischen her: Die „Desintegration“ soll vom Politischen her überwunden werden. Das müssen wir sehen, wenn wir uns dem Anspruch gegenüber finden, die ganze Gesellschaft in allen ihren Lebensbereichen und Daseinsformen zu „demokratisieren“. Es handelt sich dabei nicht nur um die Analogie demokratischer Formen, sondern vor allem um Demokratisierung im Sinne

der Politisierung aller Daseinsbereiche — also um Totalitarismus unter Berufung auf Demokratie. Diesem Phänomen müssen wir ausführlicher nachgehen.

II.

Der Aspekt dieses „Demokratismus“ als totale Politisierung menschlicher Existenz ist die Bezugnahme auf Demokratie per Analogieschluß, die „demokratische Analogie“. Es handelt sich um den Anspruch, die Ideale der politischen Demokratie auf alle anderen Lebensbereiche zu übertragen. Dieses Postulat ist nicht neu und wurde gerade auch in der politischen Bildung nach dem Zweiten Weltkrieg häufig von Personen vertreten, die mit der gegenwärtigen revolutionären Bewegung direkt nichts zu tun haben.

Bis jetzt hat man allerdings keinen überzeugenden Grund für diese Analogie vorgebracht. Die Begründung kann nicht schon in der Konzeption der politischen Demokratie liegen. Die Frage der Strukturformen und der Kooperationsformen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft kann nur sinnvoll von den jeweiligen Zwecken dieser Bereiche her beantwortet werden. Die einfache, gedankenlose Übertragung (weil wir in Bonn ein Parlament haben, deshalb brauchen wir auch in der Schule, in der Hochschule, im Betrieb usw. ein solches) ist blosses Analogiedenken. Natürlich kann es bei Überlegungen in der Praxis zu solchen Analogien kommen. Entscheidend ist aber, wie sie begründet werden. Demokratie ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel. Man entscheidet sich auf Grund bestimmter Wertentscheidungen für das Mittel der Demokratie.

Eine generelle Begründung für alle Strukturüberlegungen in den verschiedenen Bereichen des Lebens in hochdifferenzierten Industriegesellschaften kann die Frage nach der Freiheit sein. Wir wissen, daß die Menschen heute in keinem Lebensbereich mehr nur im autoritären Sinne behandelt werden wollen. Es wird zu Recht nach der Möglichkeit der Entfaltung des Selbstbewußtseins in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen gefragt. Das gilt primär für die Bereiche, die den Alltag des einzelnen und die unmittelbaren persönlichen Beziehungen direkt betreffen. So ist beispielsweise die Frage der Mitwirkung der Studenten in Instituten der Universität wichtiger als die Frage der Mitwirkung auf gesamtuniversitärer oder noch höherer Ebene. Dies gilt auch deshalb, weil die Mitbestimmung auf höherer Ebene im all-

gemeinen gar nicht zum Abbau der Herrschaft von Manipulationsmöglichkeiten führt, sondern zu deren Zunahme. Der VDS ist ein solches Beispiel für Zunahme von Herrschaft und für Zunahme von Manipulation im Namen der Demokratie. Die Gründe für die Übertragung demokratischer Formen auf andere Lebensbereiche müssen aus diesen Sach- und Sozialbereichen selbst gewonnen werden. Wenn überbetriebliche Mitbestimmung die Zwecke des Wirtschaftssystems fördert und verbessert, dann liegen darin Gründe für sie. Die allgemeine Formel der Demokratisierung der Gesellschaft ist keine überzeugende Begründung; es handelt sich eher um Ideologie.

Mit dem generellen Demokratisierungspostulat ist mehr oder weniger ausdrücklich eine Politisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche gemeint. Hier scheint mir ein ernsthafter Angriff auf die Strukturprinzipien einer freiheitlich pluralistischen Gesellschaft vorzuliegen. In diesem Zusammenhang gehört etwa die Behauptung vom politischen Mandat der Studentenschaft als Organisation — wobei innerhalb der Gesamtkonzeption die Studentenschaft nur ein Beispiel für viele andere Bereiche darstellt. Nun wird gesagt, daß sich in der freiheitlichen Gesellschaft jede Gruppe äußern darf, wozu sie auch immer will, wenn sie nur die demokratische Legitimation ihrer Mitglieder hat. Von der Gesellschaft aus gesehen ist das richtig. Das ändert jedoch nichts daran, daß die Übertragung des Mehrheitsprinzips auf alle anderen Bereiche, auch wenn die demokratische Legitimation vorliegt, eine Zunahme von Herrschaft und eine Zunahme von Manipulationsmöglichkeiten bedeuten kann. Politische Herrschaft bedeutet nicht nur die Möglichkeit, Befehle erteilen zu können, sie bedeutet auch immer die Möglichkeit, im Namen einer Gruppe, der Gesellschaft, des Staates sprechen zu können. Auch das ist eine Form von Herrschaft. Auch der, der unterliegt, muß es sich gefallen lassen, daß im Namen der Gemeinschaft gesprochen wird, zu der er gehört, also in seinem Namen. Das ist eine notwendige Konsequenz aller Mehrheitsentscheidungen. Sie besteht natürlich ebenso dann, wenn wir etwa innerhalb der Universität über inneruniversitäre Probleme abstimmen. Nur vollzieht sich diese Abstimmung dann im Bereich der Institution und lediglich auf deren Zwecke. In dem Maße aber, in dem der Entscheidungsgegenstand die den Sachbereich konstituierenden Zwecke übersteigt, nimmt ihr Herrschaftscharakter zu,

weil meine Rolle als Universitätsangehöriger mit meinen anderen Rollen identifiziert wird. Wer heute von seinem Grundrecht der freien Berufswahl Gebrauch macht und sich in der Universität einschreibt, wird automatisch Mitglied einer Zwangskooperation mit Beitragszahlung. Diese Organisation nimmt nun mit einem Mal zu Problemen wie Notstand, Vietnam-Krieg, Große Koalition Stellung, tritt aber eines Tages vielleicht für die Wiedereinführung der Todesstrafe oder für die gewaltsame Rückeroberung der Oder-Neiße-Gebiete ein.

Man kann auch fragen, woher die Führung einer Organisation mit begrenzten Zwecken das Recht nimmt, Zwänge zur permanenten politischen Aktion auszulösen. Natürlich ist es formal in Ordnung, wenn in einer Vollversammlung nur ein geringer Prozentsatz der Gesamtstudentenschaft einer Universität anwesend ist, daß dann die Mehrheit der Anwesenden entscheidet. Hält sich die Entscheidung in den Organisationszwecken, können die Abwesenden sich nicht über sie beklagen, auch wenn die bestimmte Mehrheit auf die Gesamtstudentenschaft bezogen eine Minderheit sein mag. Wiederum haben wir es hier mit einer Konsequenz des allgemeinen Prinzips der Mehrheitsentscheidung zu tun. Wenn aber häufig solche Versammlungen mit dem Zweck der Legitimierung politischer Stellungnahmen im Namen der Studentenschaft stattfinden, dann kann sich der einzelne gegen solche Manipulation nur wehren, indem er sich in die permanente Beteiligung an diesen Veranstaltungen treiben läßt. In diesem Zwang zur permanenten Teilnahme nach den Entscheidungen von Funktionären oder hochpolitisierten Minoritäten sehe ich nicht eine Verstärkung der Freiheit, sondern deren Verminderung.

Die freiheitliche Demokratie konstituiert das Recht eines jeden, sich politisch zu betätigen, sich zu engagieren, sei es für sich allein, sei es in Gruppen. Aber dazu gehört auch das Recht, es zu unterlassen. Das wird in unserer politischen Bildung selten ehrlich zugegeben. Die politische permanente Aktion ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme. In der totalitären Demokratie ist jede soziale Rolle politisiert. In meiner Rolle als Vater, als Mitglied eines Sportklubs, als Mitglied einer Kirche, als Mitglied der Universität usf.: stets wird mein

politisches Bekenntnis und meine Unterordnung unter politische Zwecke gefordert. Wahr oder gut ist in einem jeden Lebensbereich, was dem Sozialismus oder irgendeinem anderen -ismus nützt. Zumindest wird die moralische Forderung erhoben, daß ich, wo immer ich mich auch befinde und in welcher Funktion ich auch gerade bin, mich zu politischen Problemen zu äußern habe, wann immer dies ein anderer verlangt. Auch das Verlangen nach dem permanenten politischen Bekenntnis ist ein typisches Merkmal totalitärer Systeme. Nur wird es dort von der bereits etablierten Herrschaft gehandhabt, bei uns im Augenblick von denen, die gegen die Etablierten angehen. Es ist aber nützlich, sich heute schon zu vergewissern, wie es uns ergehen wird, wenn diese Minoritäten selbst etabliert sein sollten.

Demokratie im Sinne der „Neuen Linken“ bedeutet permanente Funktionsunfähigkeit der Sachbereiche. Wiederum ein Beispiel: Ich bin durchaus der Auffassung, daß in den verschiedenen Gremien der Universität die Beteiligung der Studenten verstärkt werden sollte. Diese Position aber stellt sich für mich selbst immer mehr in Frage, je mehr sie mit der Totaldemokratisierung im Sinne des unbeschränkten politischen Mandats der Universität verknüpft wird. Man braucht sich nur unsere Fakultätsitzungen vorzustellen, in denen dann stundenlang über die Frage diskutiert wird, ob wir eine vorgelegte Resolution verabschieden sollen oder nicht. Ein Gremium wie eine Fakultät ist auf spezifische Aufgaben hin geordnet. In ihm ist Kooperation in der konkreten Sache jenseits aller generellen politischen Positionen möglich. Wenn diesem Gremium nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zugesprochen wird, sich zu den politischen Fragen zu äußern, dann wird es auf seine eigentlichen Funktionen hin unfähig. Die politische Stellungnahme einer Fakultät, der Universität, der Studentenschaft ist eben etwas anderes als das politische Engagement von Gruppen, von Dozenten oder von Studenten oder beider zusammen. Die Arbeitsteilung und Funktionsdifferenzierung in hochentwickelten Gesellschaften hat ihren Grund in Sachgesetzlichkeiten, nicht in irgendeinem manipulatorischen Willen von Mächtigen.

Bei der Frage nach der Übertragung von Strukturen der politischen Demokratie auf andere Lebensbereiche wurde zunächst gesagt, daß Strukturüberlegungen an der Effektivität des jeweiligen Systems orientiert sein müssen. Nun kann es allerdings Gründe für Kooperationsformen und Strukturen geben, die nicht ausschließlich aus dem Sachbereich selbst kommen, sondern sich aus der Frage nach der Stellung des Menschen in dem jeweiligen Sozialbereich ableiten. Bei sozialer Kooperation handelt es sich ja nie um bloße Sachfragen, sondern auch um ein Zusammen, Gegeneinander und Nebeneinander von Menschen. Es können in der Tat Spannungen entstehen zwischen dem Prinzip der Berücksichtigung der Freiheit des Menschen und dem Prinzip der Sachgesetzlichkeit und der Effektivitätsgesichtspunkte. Die moderne pluralistische Gesellschaft hat allerdings eine Tendenz, diese Spannung zu vermindern.

Durch die partielle soziale Integration mit ihrer Rollendifferenzierung nimmt die Notwendigkeit ab, in jedem Teilbereich der Gesellschaft immer den ganzen Menschen voll zu berücksichtigen. Die Fremdbestimmung des Menschen beschränkt sich immer mehr auf den jeweiligen engeren Sachzusammenhang. Der Lehrling, Geselle oder Knecht war im handwerklichen oder bäuerlichen Betrieb voll integriert. In jedem Familienbetrieb mit der Deckung von Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensbereich war der Mensch in allen seinen Dimensionen seinem Herrn anvertraut. Der heutige Arbeitnehmer ist der Unternehmensleitung nicht mehr in diesem Sinne „anvertraut“.

Der Arbeitnehmer bringt eine Leistung ein, die einen begrenzten Raum seines Daseins einnimmt, und sein Leben darüber hinaus geht den Unternehmer bzw. den von ihm delegierten Vorgesetzten im Grunde nichts mehr an. Das gilt jedenfalls für die in einem Betrieb unter Sachgesichtspunkten notwendigen Befehls- und Machtstrukturen. Prinzipiell können heute zwei Personen im Betrieb in einem Übergeordnetenverhältnis von A zu B stehen. Gleichzeitig können beide in einem Freizeitverein gleichrangige Positionen haben, und gleichzeitig können sie in einer Partei im umgekehrten Übergeordnetenverhältnis von B zu A existieren. Natürlich gibt es hier zahlreiche

Friktionen, vor allen Dingen in den Verhaltensweisen, die sich an diese plurale Struktur noch nicht angepaßt haben. Gerade bei der Universität muß man sich fragen, ob das Gerede vom gesamt menschlichen Erziehungsauftrag noch sinnvoll ist. Ich vertrete auch hier die partielle Integration und sehe entsprechend den Auftrag der Universität und der Hochschule begrenzter, als es der wesentlich vorindustriellen Tradition entspricht.

Demokratische Strukturen sind nicht Selbstzweck. Das scheint eine der falschen Prämissen des „Demokratismus“ zu sein. Die Forderung nach mehr Demokratie ist eine abgeleitete; Demokratie ist nicht ein Wert in sich, sondern ein Instrument zur Vermehrung von Freiheit. Man entscheidet sich für Demokratie um der Freiheit willen und nicht um der Demokratie selbst willen. Die Frage ist immer wieder die: Wie kann Freiheit im jeweiligen Lebensbereich am ehesten realisiert werden? Wie stellt sich Freiheit ökonomisch dar, wie politisch, wie religiös, wie pädagogisch? Was ist z. B. der eigentliche Zweck des Sozialbereichs Wirtschaft? Auf eine einfache Formel gebracht kann man sagen: Die möglichst rationelle Bereitstellung wirtschaftlicher Güter. Was kann in diesem Zusammenhang Freiheit heißen? Zunächst doch nichts anderes als die größtmögliche Freiheit des Menschen, der diese Güter konsumiert.

Die Entscheidung des Konsumenten soll letzten Endes den Wirtschaftsprozeß bestimmen. Dann erst stellt sich die Frage: Geschieht das am besten dadurch, daß dem Produzenten von irgendwoher Weisungen erteilt werden, oder geschieht es besser dadurch, daß mit der Konsumentenfreiheit die Produzentenfreiheit gekoppelt wird? Dieser Koppelung gegenüber hat sich bis jetzt ökonomisch gesehen noch kein System überlegen gezeigt. Natürlich gibt es zahlreiche Friktionen. Die Postulate werden immer nur in größerer oder geringerer Annäherung erfüllt. Und natürlich ist auch der freie Konsument bei seinen Entscheidungen sozial gebunden. Es gibt den nur rational individuell entscheidenden Homo oeconomicus genausowenig wie den Homo politicus. Der Mensch ist immer eingebunden in ein Geflecht vielfältigen Einflusses, einschließlich der Werbung, der Propaganda. Aber wenn man schon

demokratische Elemente im Sinne des Mehrheitsprinzips sucht, dann sollte man im Bereich der Wirtschaft zunächst einmal das Mehrheitsverhalten der Konsumenten berücksichtigen, das prozeßlenkend wirkt und das eben letzten Endes doch auf unendlich vielen individuellen Entscheidungen beruht.

Bei dieser Art ökonomischer Willensbildung handelt es sich um einen sich selbst regulierenden, permanenten Anpassungsprozeß, nicht aber um eine Entscheidungsstruktur mit Befehlscharakter. Diese Aussage führt hin zu einem weiteren Mißverständnis des Demokratismus. Demokratisierung wird nicht zuletzt mit dem Hinweis auf Dynamik, Bewegung, Beweglichkeit und Fortschritt verlangt. Soziale Prozesse verlaufen je nach Bereich sehr unterschiedlich. Damit hat aber auch die Demokratisierung in den verschiedenen Bereichen unterschiedliche Wirkung. Im politisch-staatlichen Bereich sind demokratische Strukturen gegenüber autoritären oder gar totalitären tatsächlich ein Instrument von größerer Anpassungsfähigkeit. In Bereichen aber, in denen die Automatismen der Dynamik in das System eingebaut werden konnten, bedeutet die Einführung demokratischer Entscheidungsstrukturen genau das Gegenteil, nämlich eine Tendenz zur Starrheit, zur Verhinderung der Dynamik. Man muß in diesen Fällen die Dynamik wieder bewußt einführen. Demokratisierung würde hier heißen, daß der Anpassungsprozeß herrschaftlich reguliert wird. Das bedeutet aber immer auch, daß um der Anpassung willen Entscheidungssätze in bestimmten Abständen sprunghaft wieder korrigiert werden müssen. Allgemeine „Demokratisierung“ des Wirtschaftsbereiches bedeutet somit, daß der Anpassungsprozeß ersetzt werden soll durch verbindliche Befehle an die einzelnen Wirtschaftssubjekte. Es stimmt einfach nicht, daß derjenige, der revolutionäre Demokratisierungstendenzen zurückweist, damit auch gleichzeitig ohne weiteres für ein statisches, dem Fortschritt sich entgegenstellendes System votieren muß. Wir können generell sagen, daß Systeme, in denen wir ohne Herrschaftsakte auskommen, durch Einführung demokratischer Strukturen, die eben Herrschaftsstrukturen sind, nicht beweglicher und dynamischer werden.

Das wird natürlich nicht erkannt, wenn sich mit dem Begriff der Demokratie die Assoziation verbindet, es handelt sich gerade bei ihr um ein herrschaftloses System. Dagegen ist festzuhalten, daß auch eine Mehrheitsentscheidung ein Herrschaftsakt ist. Das wird jedem deutlich, der in einer Abstimmung unterliegt. Er beugt sich einem fremden Willen, ohne diesen Willen in seinem Inhalt unbedingt gutzuheißen. Infolgedessen bedeutet Einführung demokratischer Strukturen in Bereichen, wo wir solcher Herrschaftsakte nicht unbedingt bedürfen, nicht einen Abbau, sondern eine Zunahme von Herrschaft.

Ein weiterer Gesichtspunkt wäre die Frage nach der Wirkung einer solchen Durchdemokratisierung aller Lebensbereiche auf die demokratische Legitimation im engeren politischen System. Man darf nämlich nicht übersehen, daß hinter diesen Demokratisierungsideen auch der Gedanke steht, den politischen Willensbildungsprozeß der Sachbereiche in den politischen Gesamtprozeß einmünden zu lassen. In dem Maße, in dem dies de jure oder de facto geschieht, wird die eigentliche demokratische Legitimierung der politischen Führung im Gemeinsamen zumindest relativiert. Das hängt unter anderem zusammen mit dem Unterschied vom Zählwert und dem Erfolgswert der Wahlstimmen. Der Zählwert der Wahlstimmen ist bekanntlich heute in der Demokratie durchgehend der gleiche. Hingegen stellt der Erfolgswert einer Wahlstimme stets ein Problem dar, das sich aus der Natur der Sache ergibt. Zunächst hängt der Erfolgswert meiner Stimme vom Wählerverhalten aller anderen Wähler ab. Nicht ich bestimme, ob meine Stimme zu Erfolg führt, sondern dieser Erfolg ist abhängig vom Wahlverhalten der anderen. Das ist eine völlig legitime Einschränkung der Bedeutung meiner Stimme. Es gibt nun aber auch Faktoren, die den Erfolgswert der Stimme beeinflussen und nicht aus dem Prozeß der Wahl selbst folgen, sondern anderen Bereichen entstammen. Auch sie werden nie ganz auszuschalten sein. Schon die Notwendigkeit einer Wahlkreiseinteilung zeigt dies: Je nachdem, wo ich wohne, kann der Erfolgswert meiner Stimme ein anderer sein.

Wenn man neben der eigentlichen Legitimation der politischen Führung durch allgemeine

Wahlen noch weitere Systeme politischer Mitwirkung, auf die einzelnen Sozial- und Sachbereiche hin entworfen, hinzunimmt, dann hat dies wiederum Friktionen im Hinblick auf die Fremdbestimmung des Erfolgswertes der Stimmen zur Folge. Dieser Erfolgswert wird zum Beispiel abhängig von sehr banalen Dingen, wie etwa der Größe der sozialen Gruppen, die für sich eine Mehrheitsentscheidung herbeiführt. Wir stoßen hier auf Probleme, die immer auftauchen, wenn man daran geht, eine Art zweites Parlament im Sinne einer Leistungsgemeinschaftlichen Gliederung der Gesellschaft (oder so etwas wie eine Wirtschafts-

kammer) zu institutionalisieren. Diese Projekte führen entweder zur Vermehrung der Möglichkeiten einer Herrschaft durch Minderheiten oder zur Anarchie auf der Ebene der eigentlich politischen Führung. Dieser Gesichtspunkt sollte hier nur angedeutet werden, weil ich den Verdacht habe, daß es sich bei den Demokratiemodellen, die uns mit dem Anspruch der Modernität vorgetragen werden, bei genauem Zusehen und unter bestimmten Gesichtspunkten um eine Neuauflage ständestaatlicher Vorstellungen in plebiszitärer Fassung handelt. Das ganze Rätssystem wäre auch unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen.